Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 194. Dienstag, den 20. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Liberale und Arbeiterpartei im Wahlkampf.

Aus London wir dem „Vorwärts“ geschrieben:

Die Serie von Wahlkämpfen zwischen den Liberalen und Arbeiterpartei, die in Hanley ihren Anfang und in Crewe ihre Fortsetzung fand, hat jetzt wieder zu einer überaus interessanten Situation geführt. Infolge des Rücktritts des liberalen Haupteinpeitschers Master of Elibank ist in dessen Wahlkreis Midlothian in Schottland eine Nachwahl notwendig geworden. Der Kreis gehörte bisher zum unerschütterlichen Besitzstand der Liberalen, für die er als einstiger Wahlkreis des liberalen Nationalheros Gladstone überdies noch einen hohen sentimentalen Wert besitzt. Zum großen Aerger der Liberalen machte aber die Arbeiterpartei unverzüglich ihren Entschluß bekannt, diesen Wahlkreis für sich in Anspruch zu nehmen. Der Arbeiterkandidat wird vom Schottischen Bergarbeiterverbande aufgestellt in der Person des Sekretärs des Schottischen Bergarbeiterverbandes und Provosts (Bürgermeisters) von Dalkeith, Robert Brown. Obschon die Aussichten bei einem ersten Versuch schwer abzuschätzen sind, ist die Kandidatur sehr angebracht, da die Bergarbeiter einen beträchtlichen Prozentsatz der Wähler ausmachen.

Es sollte aber eine Ueberraschung kommen. Kaum war die Arbeiterkandidatur bekannt, als der zurücktretende liberale Haupteinpeitscher ein offenes Telegramm an den Vorsitzenden der liberalen Kreisorganisation richtete, worin er den Liberalen des Kreises nachdrücklichst anempfahl, keinen eigenen liberalen Kandidaten aufzustellen, sondern den Arbeiterkandidaten zu unterstützen! Nach den Ereignissen der letzten Wochen ist ein solcher Rat von dem geriebenen liberalen Einpeitscher ganz besonders bemerkenswert. Als es den Liberalen gelang, der Arbeiterpartei in Hanley eine Niederlage beizubringen, kannte ihr Triumphgeschrei keine Grenzen. Aber Crewe, wo sie infolge der Arbeiterkandidatur ihr Mandat einbüßten, und darauf Nordwestmanchester, wo sie aus eigenen Kräften unterlagen, hat sie schnell ernüchtert. Unter diesen Umständen macht der Entschluß der Arbeiterpartei, in Zukunft wo nur irgend möglich eigene Kandidaten aufzustellen, die liberalen Obermacher erzittern. Sie erkennen, daß es ihnen direkt an den Kragen geht und daß die Regierungsmehrheit bei solchen Wahlkämpfen schmelzen muß wie Schnee. Deshalb setzen sie an Stelle der Drohungen gegen die Arbeiterpartei jetzt honigsüße Worte — und auch Taten. Die Arbeiterpartei muß, koste es, was es wolle, beruhigt werden, selbst um den Preis solcher Mandate wie Midlothian. Aber man sieht auch, welchen schweren Stand die Arbeiterpartei gegenüber einem solchen verschmitzten Gegner hat, der ihr lieber den Siegespreis gleich in den Schoß wirft, als zu riskieren, daß sie ihn aus eigener Kraft erobert. Wie kann da der Gegensatz zwischen Liberalismus und Arbeiterpartei klar entwickelt werden?

Da ist es noch ein Glück, daß die Liberalen im Wahlkreise selber weniger verschmitzt sind als die Leiter des Kaukus in London. Die liberale Kreisorganisation revoltierte, ignorierte die Depesche des Master of Elibank und stellte sofort einen liberalen Kandidaten auf. So wird es doch zu einem dreieckigen Wahlkampfe kommen. So etwas ist auch schon früher in anderen Wahlkreisen passiert. Der Gegensatz zwischen Liberalismus und Arbeiterpartei ist eben eine lebendige Wirklichkeit im Lande, die die respektiven Wähler selber sehr eindringlich berührt, wenn auch die Führer in London gelegentlich miteinander techtelmechteln mögen. Ob nun der Arbeiterkandidat gewählt wird oder nicht, ist gar nicht so wichtig. Die Agitations- und Erziehungsarbeit, die jeder dreieckige Wahlkampf leisten muß, ist viel wertvoller als die Eroberung eines Mandats. Siegt der Arbeiterkandidat, dann ist es natürlich um so besser. Im anderen Falle ist es für die Arbeiterpartei von Vorteil, wenn der konservative Kandidat infolge ihrer Sonderkandidatur gewählt und den Liberalen eine Niederlage beigebracht wird. Das erhöht nicht nur den Respekt der Liberalen vor der Arbeiterpartei und stärkt deren Position im Parlament wie im Lande, sondern muß schließlich die liberale Regierung im eigenen Interesse dazu zwingen, dem größten Hindernis des Wachstums der Arbeiterpartei, nämlich der Wahl durch relative Mehrheiten, ein Ende zu machen, sei es durch die Einführung von Stichwahlen oder des Proporzes.

Die Liberalen haben in der Tat guten Grund zur Besorgnis. Die Erfahrung von Hanley hat die Arbeiterpartei aufgeweckt und sie legt jetzt eine rührige Agitations- und Organisationstätigkeit an den Tag. Gegenwärtig ist ein dreieckiger Wahlkampf in dem südwalisischen Kohlendistrikt East Carmathen im Gange, wo das Mitglied der J. L. P. Dr. Williams für die Arbeiterpartei kandidiert. Mit den unhaltbaren Organisationsverhältnissen in den Wahlkreisen der Bergarbeitervertreter, auf die die Wahl in Hanley die Aufmerksamkeit gelenkt, beginnt man endlich auch im Ernste aufzuräumen. So haben die Sozialisten von Mid-Derbyshire, das der Bergarbeiterabgeordnete Hancock vertritt, diesen aufgefordert, alle Beziehungen zur liberalen Kreisorganisation abzubrechen, anderenfalls die Sozialisten ihm bei der nächsten Wahl einen eigenen Kandidaten entgegenstellen würden. Hancock hat dieser Aufforderung Folge geleistet, worauf jetzt die lokalen Liberalen ihm mit einer Gegenkandidatur drohen. Es wird also jedenfalls zu einem dreieckigen Wahlkampf kommen. Das kann möglicherweise der Partei das Mandat kosten, ist aber nichtsdestoweniger ein notwendiger und zu begrüßender Scheidungs- und Klärungsprozeß.

Den beiden alten Bergarbeitervertretern Thomas Burt und Charles Fenwick, den einzigen, die beim Eintritt des Bergarbeiterverbandes in die Arbeiterpartei sich weigerten, sich auch nur formell von der liberalen Partei zu trennen, werden die Bergarbeiter nun ebenfalls eigene Kandidaten entgegenstellen. In Schottland hat die Arbeiterpartei soeben eine Konferenz abgehalten, um über die neuen Kandidaten bei den nächsten Wahlen zu beschließen.

Im ganzen sollen bei den nächsten Wahlen nicht weniger als 150 Kandidaten aufgestellt werden. Das ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den letzten Wahlen, wo im ganzen 50 Arbeitervertreter kandidierten, von denen nicht weniger als 42 gewählt wurden. Das wird der Arbeiterpartei an amtlichen Wahlgebühren allein zumindest 20000 Pfund Sterling kosten, eine Auslage, die die Partei unmöglich erschwingen könnte, wenn die Organisation nicht wenigstens durch die Einführung der Abgeordnetendiäten entlastet würde. Die Liberalen werden ohne Zweifel mit dem Angriff auf Arbeitermandate antworten, aber wie der Kampf auch ausfallen mag, die Arbeiterpartei wird in ihm erst wirklich ihre Mündigkeit gewinnen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Agrarische Bußpredigt.

Der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Oertel, schüttet in einem über eine Seite langen Leitartikel wieder einmal sein tief bekümmertes Herz aus, ob der Untätigkeit der Regierung gegenüber der erstarkenden Sozialdemokratie. Der jüngst erschienene Rechenschaftsbericht unseres Parteivorstandes mit seinen glänzenden Zahlen hat es dem journalistischen Wortführer der Agrarier angetan. Er findet diese Zahlen für außerordentlich bedrohlich und meint, es mache einen recht eigentümlichen und bösen Eindruck, wenn man sich erinnere, daß noch vor fünf Jahren, nach den letzten Reichstagswahlen, sehr viele Leute der Welt verkünden zu dürfen glaubten, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten habe. In diesen Sätzen liegt, ob gewollt oder ungewollt, eine kräftige Ohrfeige für den, den Agrariern gesinnungsverwandten Liebertschen Reichsverband, der es ja in der Hauptsache gewesen ist, der vor fünf Jahren mit vollen Backen in die Welt hinausposaunt hat, die Sozialdemokratie sei überwunden. Doch das nur nebenbei. Herr Dr. Oertel sieht die Revolution bereits in greifbare Nähe gerückt und verlangt, daß die geltenden Gesetze scharf und konsequent angewendet werden sollen. Vor allem aber müßten die verantwortlichen und berufenen Stellen dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie immer als die verfassungswidrige Partei gebrandmarkt wird, die auf Gleichberechtigung keinen Anspruch hat. Es dürfe nicht wieder im Deutschen Reiche vorkommen, daß ein Staatssekretär das Eintreten der Beamten für die Sozialdemokratie als erklärlich bezeichnen könne. Aufgabe des Staates sei es, zum Angriff überzugehen, denn es sei ein selbstverständliches Gebot der Selbsterhaltung, sich mit allen gesetzlichen Mitteln seiner Haut gegen diejenigen zu wehren, die die verfassungsmäßigen Grundlagen vernichten wollen. — Eine Gefahr von ungeheurer Größe erblickt der agrarische Bußprediger in den Gewerkschaften mit ihrem Vermögen von weit über sechzig Millionen Mark. Jede Forderung der Gewerkschaftsbewegung ist für ihn eine unmittelbare Hilfeleistung für die bevorstehende Revolution. Es sei deshalb auch ganz unbegreiflich, wie die Führer der christlichen Gewerkschaften sich gegen die Einführung eines schärferen gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen sträuben können. Als sicherstes Mittel zur Abwehr all dieser Bestrebungen empfiehlt Herr Oertel Stärkung der staatserhaltenden Mächte, und diese Mächte sind seiner Auffassung nach der Mittelstand und besonders das Bauerntum. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ vom Bauerntum schreibt, dann muß man das immer mit einer gewissen Einschränkung hinnehmen; denn unter Bauerntum sind nach junkerlichen Begriffen die Agrarier zu verstehen. Auf gut deutsch ausgedrückt, geht der Ratschlag der „Deutschen Tageszeitung“ dahin, den Agrariern weitere Liebesgaben zu gewähren, als sicherster Schutz gegen staatszerstörende Tendenzen. Aber mit Liebesgaben allein ists nicht getan, die auf dem Aachener Katholikentage gehaltenen Reden haben ihren Einfluß auf das an sich schon fromme Gemüt des Herrn Dr. Oertel offenbar nicht verfehlt, denn er schließt seinen Artikel mit dem Hinweis darauf:

„Stürzt die Autorität Gottes, dann haben die Autoritäten der Erde keinen Halt mehr. Wer dies unterstützen will, der muß unserem Volke, nicht nur unten, sondern auch oben, immer wieder mit markiger Stimme zurufen: Zurück zu Gott!“

Daß die schäbigste Bekämpfung der Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse mit einem religiösen Mäntelchen umhüllt werden, ist keineswegs neu, allerdings ist die Art des Kampfes so ziemlich das widerwärtigste, das überhaupt denkbar ist. Ein ultramontanes Blatt hat vor einigen Tagen erst den Konservativen den Rat erteilt, katholisch zu werden, die „Kreuzzeitung“ hat das entrüstet zurückgewiesen. Vielleicht wendet sich das Blatt mit seinem gutgemeinten Vorschlage nun an den Leiter der „Deutschen Tageszeitung“, der in seiner Sehnsucht nach Liebesgaben für die Agrarier und in seiner ohnmächtigen Wut gegen die Sozialdemokratie vielleicht bereit ist, der Einladung zum Eintritt in den alleinseligmachenden Schoß der katholischen Kirche Folge zu leisten!

Alldeutsche Narrheiten.

Obwohl die letzten Tage wirklich an Kühle nichts zu wünschen übrig lassen, bekommen die alldeutschen Gehirne doch die alljährlich in den Hundstagen auftauchenden Blasen. Die „Deutsche Zeitung“, die als Ablagerungsstätte der Ausscheidungen gern benutzt wird, wendet sich an Holland und Belgien, denen nach langem Gerede über ihre neutrale Stellung in einem deutsch-französisch-englischen Kriege folgende Aussichten eröffnet werden: „Man darf aber wohl heute schon behaupten, daß ein deutschfeindliches Belgien und Holland ihren Bestand nur im Falle eines englisch-französischen Sieges behaupten könnten. Siegt nämlich Deutschland — und der Fall liegt denn doch durchaus im Bereiche der Möglichkeit — so würde ein solcher Sieg den Habitus des deutschen Staates und des deutschen Volkes sicherlich in einem Grade verändern, daß vieles, was uns heute noch schwer, unmöglich, frevelig erscheint, plötzlich ein anderes Gesicht bekäme und als durchaus ausführbar, ja, geboten gelten würde. Dann würde die Erbitterung über die unerträgliche Haltung beider auf uns angewiesener Länder voraussichtlich einen solchen Grad erreichen, daß alle erwähnten Bedenken gegen eine Annexion verblassen würden vor der einen Forderung, einen hochgefährlichen Herd und Stützpunkt deutschfeindlicher Bestrebungen in Europa von Grund aus zu zerstören. Holland und Beligen würden dann aller Wahrscheinlichkeit nach als selbständige Gebilde von der Landkarte verschwinden.“

Nun weiß man zwar in Deutschland ganz gut, daß die Schwätzereien einiger höherer Schulmeister — denn diese sind die „Alldeutschen“ — keinerlei Bedeutung haben. Im Ausland glaubt man aber vielfach, daß diese „Pangermanisten“ das Volk hinter sich hätten, und die englischen Jingoblätter nähren diesen Glauben in kluger Berechnung. Man muß deshalb immer und immer wieder darauf aufmerksam machen, daß das große Maul lediglich zum Privatvergnügen seiner Besitzer auf- und zuklappt.

130 Millionen Mehrausgaben für den Militarismus im Jahre 1913.

Eine aus edm Reichsschatzamt stammende Korrespondenz macht Mitteilungen darüber, wie der Ueberschuß der Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1911/12 Verwendung finden soll. Es handelt sich um die ansehnliche Summe von 250 Millionen Mark. Aber der Militarismus wird spielend mit dieser Viertelmilliarde fertig. Im nächsten Jahre schon werden 130 Millionen Mark von ihm verschlungen: Zu den früheren fortlaufenden Ausgaben treten zunächst die Mehrausgaben, welche für das Heer nach dem Friedenspräsenzgesetz von 1911 und für die Flotte nach dem Flottengesetz von 1908 im ordentlichen Etat schon zu gewärtigen waren. Sie be-

laufen sich für das Heer auf 18,8 für die Flotte auf 29,7 Millionen Mark. Dazu treten weiterhin an fortdauernden Mehrausgaben aus Anlaß der Wehrvorlagen für das Heer 49 Millionen, für die Marine 7 Millionen Mark. Und endlich kommen dazu die durch die Gesetze zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom Jahre 1911 sowie durch die Novelle zum Flottengesetz vom Jahre 1906 entstehenden einmaligen Mehrausgaben. Diese einmaligen Ausgaben stellen sich im nächsten Jahr für das Heer auf 52, für die Marine auf 22 Millionen Mark, zusammen auf 74 Millionen Mark. Zusammen ergibt sich also eine Mehrbelastung des Heeres- und Marineetats aus Anlaß der Wehrvorlagen im nächsten Jahre von 130 Millionen. Der dann noch von dem Riesenüberschuß verbleibende Rest von 120 Millionen wird schon sehr bald den gleichen Weg wandern. Der Militarismus war im Fordern nie verlegen.

Der Kampf der Liberalen um die Arbeiter.

Die Gründung des fortschrittlichen Arbeiter-Reichsverbandes hat im nationalliberalen Lager bös verschnupft. So führt die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz" dazu aus:

„Die mit so großem Tamtam angekündigte „Reichskonferenz liberaler Arbeiter" hat ein ziemlich bescheidenes Ergebnis gehabt. Wenn man Massenaktionen mit ganzen 102 Mann veranstaltet, die sich bei der Abstimmung sogar auf 80 verringern, dann ist wirklich kein Grund zu großer Hoffnungsfreudigkeit. Erfreulich an der Gründung ist aber das eine, daß sich bei diesem Anlaß wieder einmal gezeigt hat, wie viel denn doch noch an Trennendem vorhanden ist zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern, wie wenig sich aber auch der Fortschritt Mühe gibt, das etwa zu verbergen. Wo es sich um seinen eigenen Vorteil handelt, da sorgt er dafür, daß er, ungestört vom liberalen Bruder, hübsch unter sich ist und für sich allein rafft. Da ist die liberale Gemeinschaftsidee zu Ende. In Nord- und Mitteldeutschland weiß man das schon länger; hoffentlich lernen nun aber auch die süddeutschen Nationalliberalen etwas daraus. Dann kann der fortschrittliche Arbeiterfang ausgehen, wie immer, er hat doch ein Gutes gehabt."

Eigentlich ist das Objekt des Streites gar nicht wert, denn die Fortschrittler werden genau so wenig Erfolg erzielen, wie die Nationalliberalen das konnten. Die Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, trotz jahrzehntelanger Arbeit, ist dafür der beste Beweis.

Kein Großstadt-Konservatismus.

Die „Kreuzzeitung" weist in ihrer Wochenrundschau vom 18. August die Zumutung energisch zurück, das konservative Programm auf großstädtische Bedürfnisse einzustellen:

„Zugegeben, daß für die konservative Partei die Notwendigkeit vorliegt, in den Städten vorzudringen und sich dort eine möglichst starke Position zu schaffen, so sind die Ratschläge, die man ihr zu diesem Zwecke erteilt, völlig verfehlt. . . . Das Feststehen auf ihren Grundsätzen ist es, was den Konservatismus schließlich zum Siege führen wird. Deshalb sollte man auch mit Forderungen einer Programmrevision recht vorsichtig sein. Wir brauchen wahrlich unser Programm zugunsten des Großstadt-Konservatismus nicht abzuändern. Und wenn wir auch nicht bestreiten, daß in dem Tivoliprogramm, das in manchen Punkten zu sehr auf die Betonung von Einzelforderungen sich eingelassen hat, manches veraltet und daher entbehrlich geworden ist, so können wir die Notwendigkeit einer gründlichen oder gar grundsätzlichen Programmabänderung nimmermehr zugeben. In dieser Sache fühlen wir uns einig sowohl mit unserer Parteileitung als auch mit den letzten Partei- und Delegiertentagen, die eine Programmrevision nach der von uns angedeuteten Richtung als erforderlich erachtet und bereits in die Wege geleitet haben. Völlig verfehlt ist das Verlangen, das unseren Liberalen immer ganz besondere Freude macht — die Parteistellung in den Agrarfragen abzuändern. . . ."

Es muß zugestanden werden, daß diese Erklärung wenigstens ehrlich ist. Die konservative Partei kann sich nicht von den Agrariern frei machen, sie ist entweder agrarisch oder sie ist überhaupt nicht. Ein Großstadt-Konservatismus, der vorgibt, die Interessen der städtischen und industriellen Bevölkerung wahrzunehmen, wird immer Heuchelei bleiben.

Die bayrischen Bischöfe und das Jesuitengesetz.

Die bayerischen Bischöfe haben eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der sie die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangen. Dieselbe Eingabe entspricht der Resolution, die auf dem Katholikentage in Aachen gefaßt worden ist.

Die Grenzen auf!

Die Berliner Fleischer-Innung erläßt folgende deutliche Erklärung: „Die durchaus ungenügende Beschickung des Schlachtviehmarktes mit schlachtreifen Tieren hat zu einer großen Steigerung der Preise für Schlachtvieh aller Gattungen geführt. Für Rinder und Schweine müssen jetzt Preise bezahlt werden, wie sie noch niemals gezahlt worden sind und wie sie auch keineswegs dem Herstellungswert der Ware entsprechen. Die Ursache des ungenügenden Beschickens der Schlachtviehmärkte ist allein darin zu suchen, daß unsere Landwirtschaft nicht den erforderlichen Bedarf an Schlachttieren liefert. Die Einfuhr aus viehreicheren Ländern ist aber zum größten Teil durch Verordnungen aller Art direkt unmöglich gemacht. Solange dieser Zustand fortdauert, müssen die Preise für Fleisch und Fleischwaren weiter steigen, und es ist nicht abzusehen, daß irgendwelche Besserung dieser Verhältnisse eintritt."

Hunderte solcher Notschreie sind in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit gedrungen, die Regierung blieb unbeweglich; die Preise stiegen auf Hungersnothöhe, die Bethmann-Regierung rührt sich nicht; amtlich wird von der Statistik prophezeit, daß die Zukunft noch schlimmeres bringt. Bethmann-Hollweg sitzt in Gastein und erholt sich dort von seiner russischen Studienreise. Das ist deutsche „Regierung".

Steuerbetrügereien.

Aus den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Steuererklärungen in den Jahren 1910 und 1911 geht hervor, daß bei 325 699 Steuererklärungen, das sind über ein Drittel aller abgegebenen Deklarationen, über den Inhalt in Erörterungen eingetreten werden mußte und daß bei genau einem Viertel der insgesamt abgegebenen Steuererklärungen dergestalt eine Änderung der Einkommenziffer sich nötig machte, daß an Einkommen 13,7 Millionen Mark mehr veranlagt werden konnten. Diese nachträglich entdeckten Millionen verteilen sich wie folgt: Städte 9,9 Millionen, Landgemeinden und Gutsbezirke mit über 2000 Einwohnern 1,6 Millionen, andere Landgemeinden und Gutsbezirke 2,1 Millionen Mark.

Wie das Pluralwahlrecht wirkt.

Im Großherzogtum Hessen hat die bündlerisch-nationalliberal-ultramontane Landtagsmehrheit vor einem Jahre das gleiche Wahlrecht beseitigt und an dessen Stelle ein Pluralwahlrecht gesetzt, das jedem über 50 Jahre alten Wähler zwei Stimmen gibt. Als der Abg. Gen. Adelung bei der diesjährigen Budgetberatung den Nachweis führte, daß das Pluralwahlrecht eine Benachteiligung der Minderbemittelten zugunsten der Reichen bedeute, weil die Sterblichkeitsziffer in der Arbeiterbevölkerung eine größere sei und verhältnismäßig viel weniger Arbeiter über das 50. Lebensjahr hinauskommen wie Angehörige der besitzenden Stände, da rief der Abg. Dr. Weber, der Führer der Bauernbündler: „Deshalb haben wir es ja gemacht." Dieses brutale Zugeständnis wurde natürlich von unseren Genossen sofort unterstrichen. Nunmehr aber hat ein junger Mainzer Jurist, Dr. A. Lion, Berechnungen über die Wirkung des hessischen Pluralwahlrechts angestellt, deren Ergebnis er in einem Aufsatz im „Archiv des öffentlichen Rechts" niederlegte. Er hat seine Berechnungen auf Grund der amtlichen Wahlakten mit Unterstützung der „Zentralstelle für Statistik" gemacht und ist zu dem Resultat gekommen, daß sich die Doppelstimmen folgendermaßen auf die Parteien verteilen:

Bauernbund	58,23	Proz. Pluralstimmen
Zentrum	56,67	„ „
Nationalliberale	55,10	„ „
Fortschrittler	51,37	„ „
Sozialdemokraten	39,10	„ „

Die Entrechtung der minderbemittelten Volksschichten — aus denen sich doch fast ausschließlich die Wählerschaft der Sozialdemokratie rekrutiert — berechnet Lion allein infolge des Pluralwahlrechts auf 12—20 Proz. Dazu kommen noch die entrechtenden Kautelen über Ansässigkeitsdauer, Steuerleistung und Armenunterstützung. Der Verfasser gibt nun zu, daß die Benachteiligung der Sozialdemokratie durch das Altersstimmrecht zum Teil auf die größere Sterblichkeit in Arbeiterkreisen zurückzuführen sei, er meint aber auch, daß ein großer Teil der Sozialdemokraten in reiferem Alter ihr Programm mit einem „gut bürgerlichen" vertauschten. Wie irrig diese letzte Annahme ist, lehrt ein Blick auf die von einzelnen Parteiorganisationen aufgenommene Statistik. Die Zahl der Personen, die in späterem Alter sich von der Partei abwenden, ist sehr gering. Meist kommen die Angehörigen der Sozialdemokratie erst in gesetzterem Alter zur Partei. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß das Alters-Pluralwahlrecht eine Entrechtung der Minderbemittelten in sich schließt: „Deshalb haben wir es ja gemacht", sagte der Bauernbündler Dr. Weber.

Das Dringendste.

Es wird berichtet, daß vom 25. Regierungsjubiläum des Kaisers, das ist vom Juni kommenden Jahres, ab Gold- und Silbermünzen mit einem neuen Bilde des Kaisers ausgeprägt werden sollen. Das neue Bild soll nicht nur das jetzige Alter des Kaisers berücksichtigen, das Hals- und Bruststück soll auch bekleidet sein, voraussichtlich mit der Uniform der Garde-Kürassiere. — Und da gibt's immer noch Unzufriedene, die nicht glauben wollen, daß die Regierung sich für das Volk aufopfert.

Rußland.

Vogelfrei. Aus Kiew wird uns geschrieben: Das Kriegsgericht zu Kiew hat dieser Tage ein unerhörtes Urteil gefällt. Es hat den Hauptmann Lille, der vor einigen Monaten ohne jeden Grund den Klavierspieler Schreiberg getötet hatte, zu vier Monaten Festungshaft verurteilt. Dieses Verdikt ist kaum begreiflich und steht in krassestem Widerspruch zu der sonstigen Strenge der russischen Gerichte. Dabei war der blutige Vorgang in seiner ganzen Brutalität zum Vorschein gekommen. Warum hatte nämlich der Hauptmann im Café chantant „Apollo" den Klavierspieler totgestochen? Weil dieser seinem Wunsche, den Saratower Marsch zu spielen, nicht stattgegeben hatte. Schreiberg hatte bescheiden gesagt: „Entschuldigen Sie, den kennen wir nicht", worauf der erboste Hauptmann mit dem Schwerte zu fuchteln begann und den Klavierspieler erdolchte. Diese schändliche Szene hatte der Staatsanwalt Kapitän Jegorow mit flammenden Worten den Richtern vorgeführt und daran erinnert, wie ganz Kiew nach der Missetat empört immer gefragt habe: „Warum ist der Klavierspieler Schreiberg zugrunde gegangen?" „Für nichts und wieder nichts", lautete die allgemeine Antwort. Der Staatsanwalt fragte mit Recht: „Wäre es denkbar, daß auch in Japan ein Hauptmann des Generalstabes in dieser Weise seine Mußezeit verwenden und in solcher Weise von seinem Gewehr Gebrauch machen würde?" Das Gericht fällte jedoch das einzig dastehende oben genannte Urteil: der Mörder bekommt nur vier Monate Ehrenhaft. Und fragt man, wie ein solches Urteil möglich sei, so ist die Antwort naheliegend: Auf der einen Seite ein Generalstabsoffizier — auf der anderen ein hilfloser jüdischer Klavierspieler! Wer möchte hier Gerechtigkeit fordern?! Die Kiewer Offiziere und die Kiewer Juden werden sich aber dies Urteil in gleicher Weise merken — die einen, die ungestraft morden dürfen, die anderen, die sich nun noch mehr degradiert und vogelfrei fühlen.

Türkei.

Albanien bereitet den gegenwärtig am Ruder befindlichen Regierungsmenschen viele Kopfschmerzen. Trotzdem fast alle Wünsche der Albaner erfüllt sind, nehmen sie immer noch eine feindliche Haltung ein. Sie haben jetzt die Absicht, gegen Saloniki vorzurücken, was von der Regierung energisch bekämpft wird. Die Regierung hat den Albanesen in Köprülü 24 Stunden Bedenkzeit gegeben, um sich zu zerstreuen. Falls sie nicht auseinandergehen, wird auf sie ein Angriff von fünf Bataillonen in Verbindung mit Artillerie gemacht werden.

Das Blatt „Alemdar" meldet, daß in Uesküb 25000 Albanesen eine Versammlung abhalten wollen, um sich über die Langsamkeit im Vorgehen des Kabinetts zu beklagen. Auch sollen die Albanesen verlangen wollen, daß die Minister des ehemaligen Kabinetts in Anklagezustand versetzt werden.

Ein Taubenschlag. Der kürzlich ernannte Minister des Innern Damad Scherif ist zurückgetreten. Als Ursache der Demission werden Gesundheitsrücksichten angegeben. Man glaubt indes, daß die Demission dieselben Gründe habe wie die Zia Paschas, nämlich Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts. Scherif soll die Absetzung einiger jungtürkischer Walis verlangt haben.

China.

Zur Lage. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Nach einer stürmischen Sitzung hat die Nationalversammlung mit 52 gegen 11 Stimmen beschlossen, an den Präsidenten Yuanschikai eine Petition zu richten, er solle nähere Aufklärung geben, warum er zwei Offiziere unter der Beschuldigung, sie hätten zu einer neuen Revolution aufzureizen versucht, habe verhaften und ohne Urteil erschießen lassen. Die Petition verlangt in drei Tagen Antwort. Wenn die Antwort unbefriedigend ausfällt, will die Nationalversammlung Yuanschikai auffordern, persönlich Erklärungen abzugeben. Wenn die Antwort auch dann unbefriedigend ist, will das Haus Yuanschikai oder der gesamten Regierung ein Tadelsvotum aussprechen. — Die Hinrichtung der Offiziere hat in der ganzen Provinz Hupeh große Erregung hervorgerufen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 20. August.

Wo ist die Teuerung am größten? Je nach den verschiedenen klimatischen Verhältnissen, nach dem Ueberwiegen der Landwirtschaft oder Industrie, nach der Bevölkerungsdichte, sowie nach den besseren oder schlechteren Verkehrsgelegenheiten ist das Niveau der Lebensmittelpreise in den einzelnen Teilen Deutschlands stets ein verschieden hohes gewesen. Es ist deshalb nicht auffallend, daß auch gegenwärtig die Preisberichte der einzelnen Marktorte erheblich voneinander abweichen. Von größerem Interesse ist es jedoch, daß die Verteuerung der Lebensmittel seit Mitte des Jahres 1911 in den einzelnen Gegenden eine ganz verschieden starke war. Um festzustellen, in welchen Landesteilen der Grad der Teuerung am größten und wo er am geringsten war, berechnen wir die Haushaltskosten einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß wir die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde legen. Hiernach sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwands pro Woche im Reichsdurchschnitt von 23,97 Mark im Juni 1911 auf 25,85 Mark im entsprechenden Monat des laufenden Jahres gestiegen. Vergleicht man die Ergebnisse der Statistik in den einzelnen Landesteilen, so zeigt sich, daß die stärkste Verteuerung des Nahrungsmittelaufwandes in Mecklenburg-Schwerin und in der Provinz Brandenburg eingetreten ist. In Mecklenburg-Schwerin stieg die Inderziffer im letzten Jahre um 3,75 Mark auf 25,14 Mark. Für die Provinz Brandenburg ergibt sich eine Erhöhung von 23,01 auf 26,26 Mark. In Berlin und Vororten stellten sich die wöchentlichen Haushaltskosten für eine vierköpfige Familie im Juni 1912 auf 25,86 Mark. Das bedeutet im Vergleich zum vorjährigen Parallelmonat eine Steigerung um 2,19 Mark. In den thüringischen Staaten ist die Inderziffer von 23,82 auf 26,59 Mark gestiegen. Im Königreich Sachsen betrugen die Kosten des Nahrungsmittelaufwands um die Mitte des laufenden Jahres durchschnittlich 25,61 Mark pro Woche gegen 22,80 Mark im Vorjahre. Stärkere Steigerungen als im Reichsdurchschnitt ergaben sich noch für Pommern mit 2,12 Mark, Posen mit 2,23 Mark, Schleswig-Holstein mit 2,30 Mark, Westfalen mit 2,03 Mark und für Anhalt mit 2,62 Mark. Am schwächsten macht sich die steigende Tendenz der Lebensmittelpreise in Westdeutschland bemerkbar. So stieg die Inderziffer für die Rheinprovinz um 1,98 Mark auf 27,01 Mark. Ferner erhöhten sich die Haushaltskosten in Baden um 1,31 Mark auf 27,25 Mark. In Elsaß-Lothringen ergab sich eine Steigerung um 1,35 Mark auf 27,11 Mark. Es ist zu bemerken, daß in diesen drei Landesteilen die Haushaltskosten schon im Vorjahre außerordentlich hoch waren, so daß sie gegenwärtig trotz der relativ schwachen Verteuerung noch weit über dem Niveau anderer Gebiete stehen. In Württemberg berechnen sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwands auf 25,58 Mark, das sind 1,38 Mark mehr als im Vorjahre. Für Bayern ergibt sich eine Steigerung um 1,69 Mark auf 25,90 Mark. In Hessen erhöhten sich die Haushaltskosten im letzten Jahre von 24,01 auf 25,51 Mark. Die Provinz Hannover weist eine Inderziffer von 24,93 Mark auf gegen 23,35 Mark im Juni 1911. Ziemlich niedrig stehen die Haushaltskosten noch in den östlichen Provinzen. Sie betrugen in Ostpreußen 23,86 Mark gegen 22,25 Mark im Vorjahre. In Westpreußen stehen sie mit 23,52 Mark um 1,66 Mark über dem vorjährigen Niveau.

Ein „allgemeiner Blumentag" soll, wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, im Oktober veranstaltet werden, nachdem der Blumentagsrummel, von dem im vorigen Jahre auch Lübeck nicht verschont blieb, sich allmählich zu einer schlimmen Seuche ausgebildet hat. Gerade die Leute, die durch Schilder an ihren Haustüren bekanntmachen, daß sie für arme hungernde Handwerksburschen kein Stück Brot übrig haben, finden am Straßenbettel mit Blumen die größte Freude. Diesmal will man mit der Blumentagbettelei den „Fliegern" helfen; im vorigen Jahre waren es in Lübeck gewisse Wohltätigkeitsanstalten; in anderen Städten des Reiches die Veteranen. Ach, wie sie schon schwelgten in Vorahnung des großen, späten Glücks, die zerschossenen Krüppel von Anno 64, 66 und 70! Mancher, der vierzig Jahre mit dem Hunde an einem Knochen nagte, träumte sich als Rentner baute Luftschlösser und schlug auf dem Stelzfuß einen patriotischen Saltomortale. Dann kam der große Krach. Hunderttausende waren geflossen und gewonnen . . . . . nur nicht in die Taschen hungernder, vor Hunger auf der Straße niedersinkender Retter des Vaterlandes. Fee Wohl-

tätigkeit, verhülle dein Haupt! Und wieder, trotz aller Blamage, heißt's: auf zum deutschen Blumentag! Es gibt ja Leute, die ihre Lügen so oft wiederholen, daß sie endlich selbst daran glauben. Die lockende, girrende Patriotenflöte ist dieselbe geblieben, nur die Melodie hat sich geändert. Weg mit dem Stumpfsinn, immer Neues muß die Nerven der Wohltätigkeitstiger kitzeln. So lautet denn diesmal die Firma streng modern: Allgemeiner deutscher Blumentag für verunglückte Flieger, veranstaltet von der durch den Reichsflugverein ins Leben gerufenen Reichsfliegerstiftung. Tja, nun ist man glücklich wieder mittenmang im Bettelbüchsenpatriotismus. Wenn's bloß nicht den Fliegerwitwen genau so geht wie den Veteranen! Klingelbeutel haben manchmal doppelte Böden. Und damit mehr Flugwind in die Geschichte kommt, ist Jungdeutschland auf die Beine gebracht. Das Reichsamt des Innern hat allen städtischen Behörden aufgegeben, die Sache aufs eifrigste zu unterstützen. Außerdem hat das Reichsamt eine Gedenkmünze prägen lassen, die bei den Blumenverkäuferinnen oder Verkäufern für 50 Pfg. zu haben sein wird. Auch eine Flugpostkarte, angeblich von einem leibhaftigen Prinzen entworfen, wird vertrieben. Wohl, wir gönnen den einkommenden Mammon den Hinterbliebenen verunglückter Flieger von Herzen. Doch wie steht's mit anderen, wichtigeren Aufgaben der Vaterlandspflicht. Ach bitte, Herr Prinz, lassen Sie doch Ihre Künstlerhand mal eine Galerie darbender, verkommener Kriegsveteranen zeichnen... Die Arbeiterschaft hat mit dem Blumentagsrummel nichts zu tun. Wenn die Besitzenden ihre reichlichen Gelder für die Hinterbliebenen der Flieger anlegen wollen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Es ist aber bezeichnend, daß die bürgerliche Wohltätigkeit erst des äußerlichen Klimbims bedarf, wenn sie sich äußern soll.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. Am Sonntag, dem 18. August, hielt der Genossenschaftsrat seine 3. Quartalsversammlung ab. Der vom Geschäftsführer Genossen Henze erstattete Geschäftsbericht zeugt wiederum von einem ständigen Vorwärtsschreiten des Vereins. Der Umsatz, der beste Gradmesser der Entwicklung, erreichte im verflossenen Vierteljahr eine Höhe von 391 922,06 Mk., gegenüber April-Juni 1911 wo der Verein 298 742,40 Mk. umsetzte, ist dies ein Mehr von 93179,66 Mk. In den bisher verflossenen neun Monaten dieses Geschäftsjahres vermehrte sich der Umsatz um 286 806,07 Mk., nämlich von 841 858,50 Mk. in 1911 auf 1128 654,57 Mk. in 1912. Der Verein hatte im letzten Quartal eine Mitgliederzunahme von 583 zu verzeichnen, am 1. Oktober 1911 waren 4425 Mitglieder vorhanden, am 30. Juni 1912 dagegen 5596, das ist eine Gesamtzunahme von 1171. Das Amtsgericht der freien und Hansestadt Lübeck lehnte die Eintragung einer größeren Anzahl Mitglieder in das Genossenschaftsregister aus formalen Gründen ab. Hiergegen hat der Verein durch den Rechtsbeirat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Beschwerde beim hiesigen Landgericht eingelegt. Nunmehr steht der Eintragung nichts mehr im Wege und wird dadurch die Mitgliederzahl abermals um mehr als 500 erhöht. Zurzeit werden 20 Warenabgabestellen unterhalten, und noch immer wird sich die Eröffnung weiterer Abgabestellen notwendig machen. Noch in dieser Woche ist das Gebäude in Seeretz richtfertig und bereits am Sonntag wird die Einweihung unseres eigenen Gebäudes in Schönberg vor sich gehen können. Gerade in der nordwestlichen Ecke Mecklenburgs hat der Konsumverein recht erbitterte Gegner in den dortigen Kriegern und Junkern gefunden. Haben doch diese in Grevesmühlen und Dassow einen Rabattsparverein gegründet und wollen die Junker diesen Verein mit — — barem Geld! unterstützen. Und wer die echten Mecklenburger Junker kennt, der weiß zu würdigen, wie hoch die Flammen der Begeisterung schlagen müssen, bis sich diese Herren — nur um die organisierten Konsumenten zu bekämpfen, an ihrem eigenen Portemonnaie vergreifen! In der Dassower Gegend werden sogar den armen Landproletariern die Legitimationskarten des Konsumvereins von den Gutsherren oder deren Stellvertretern abgenommen und dem Vorstand zurückgesandt, aber bis jetzt haben sich nur einige ganz wenige Genossen durch dieses Gebaren ihrer „Herren" irre machen lassen; auch dort ist die Mitgliederzahl ständig im Steigen begriffen und immer mehr wird auch den besonders geplagten Landproletariern klar, daß eine feste genossenschaftliche Organisation der beste Schutz gegen wirtschaftliche Ausbeutung ist. Eine Agitation, die speziell in der inneren Stadt vorgenommen wurde, brachte dem Verein aus den Reihen der Gewerkschaftler über 100 neue Mitglieder. — Weiter wurde darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit auch die Feuerversicherung der Mitglieder (zunächst nur in Lübeck) durch den Verein betrieben werden soll; der organisatorische Ausbau des Versicherungswesens sei schon deswegen notwendig, um bei der Einführung der vom Gewerkschaftskongreß und dem Genossenschaftstag beschlossenen Volksfürsorge genügend gewappnet zu sein. — Ein kurzer Vortrag des Genossen Adolf Löwigt über den Genossenschaftstag in Berlin, der einen Markstein in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung darstellt, wurde mit lebhaftem Interesse entgegengenommen.

Die Bakterien des Brotes. Die maschinelle Behandlung des Teigs bei der Herstellung des Brotes hat sich weniger einwandfrei durchgesetzt als der Ersatz der Menschenhand durch Maschinen in andern Gewerben. Allerdings ist nicht zu zweifeln, daß sich die dabei hervortretenden Mißstände, die zu einer Verschlechterung des Brotes geführt haben, mit der Zeit beseitigen lassen werden. Vorläufig aber wird der Teig noch immer meist mit der Hand geknetet. Man kann angesichts der strengen und auch gut durchgeführten Vorschriften für den Betrieb in den Bäckereien darüber im wesentlichen beruhigt sein. Weniger gut steht es um die Vermeidung unnötiger und bedenklicher Berührung beim Verkauf. In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Veröffentlichungen in ärztlichen und hygienischen Zeitungen erschienen, in denen der Nachweis der Verbreitung von Typhusbazillen durch Brot geführt wurde. Das wird auch kaum anders werden, ehe nicht jeder einzelne die nötige Rücksicht auf seine Mitmenschen nimmt. Wie oft kann man nicht in Restaurants sehen, wie jemand den ganzen Inhalt eines Brotkorbes erst betastet, ehe er sich dazu entschließt, eins der Brötchen für seinen Gebrauch zu wählen. Außer der Menschenhand arbeiten auch Fliegen und Straßenstaub an der Verunreinigung des Brotes. Bei einer durchgreifenden Untersuchung von mehr als 100 Broten, die aus verschiedenen Läden in Chicago zusammengeholt worden waren, zeigte sich, daß 14 v. H. aller mit mehr als 10 000 Bakterien behaftet waren. Dabei befanden sich die betreffenden Verkaufsplätze noch nicht einmal unter besonders ungünstigen Bedingungen. Die Sitte, die vorläufig nur in sehr feinen und entsprechend teuren Restaurants zu finden ist, daß nämlich jedes Brötchen in einem besondern Papierumschlag dargeboten wird, sollte eine weitere Verbreitung finden, da es in solchen Fragen auf etwas mehr Umstände nicht ankommen kann.

Ein Sonderzug nach Hamburg, zu dem Fahrkarten zum ermäßigten Preis von 3 Mk. für die Hin- und Rückfahrt dritter Klasse ausgegeben werden, wird am Sonntag dem 25. August, morgens 9.40 Uhr, von hier abgelassen werden. Ankunft in Hamburg 10.50 Uhr. Rückfahrt am Lösungstage mit allen Personen- und Eilzügen. Benutzung der D-Züge, auch gegen Zuschlag, nicht gestattet.

Der neue Zeppelin-Luftkreuzer „Hansa" erschien heute morgen 7¼ Uhr über unserer Stadt. Schon von weitem konnte man das Surren der Propeller hören, die das stolze Luftschiff in leichtbeschwingter Fahrt in der Richtung nach Mecklenburg fortbewegten. In wenigen Minuten war die „Hansa" dem Gesichtskreis der zahlreichen Zuschauer entschwunden.

Arbeiterrisiko. Vor kaum 14 Tagen stanzte sich auf den Lubecawerken der Stanzer Klötzing das erste Glied eines Fingers der rechten Hand ab; gestern gleich nach Mittag ereignete sich schon wieder ein derartiger Unfall, indem sich der Stanzer M. Kleinfeldt das erste Glied von zwei Fingern der linken Hand abstanzte.

Handelsregister. Am 17. August 1912 ist eingetragen bei der Firma Ludwig Thun: Die Firma lautet jetzt: Ludwig Thun Nachf. Carl Burmeister. Alleiniger Inhaber ist der Kohlenhändler C. F. W. Burmeister in Lübeck. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch C. Burmeister ausgeschlossen.

pb. **Eigentumsvergehen.** Bei einem in der Morkerkestraße wohnenden Zigarrenhändler wurden folgende Gegenstände gestohlen: 3 Schachteln „Danica", einige Blechschachteln „Manoli — Meine Kleine", einige Blechschachteln „Zir-ci" und 3 Nickelfeuerzeuge mit Sprungdeckel. — Von der Vordiele eines an der Marlesgrube wohnenden Althändlers sind am 19. d. Mts., zwischen 9 und 10 Uhr vormittags ein Paar Boxcalf-Herren-Schnürstiefel, Größe 38 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 17. dss. Mts. ist vom Flur des Hauses, Mengstraße 28, ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, rotem Vordermantel, grauem Hintermantel mit gelbem Aufsatz, vernickelter Lenkstange mit weißen Griffen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14065 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad führt die Marke „Lubecka".

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

pb. **Ein größerer Diebstahl.** In der Zeit vom 17. bis 19. d. Mts. sind aus einem Hause der Rotlöscherstraße folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 schwarzer, sehr abgenutzter Lederkoffer, 1 blaues Kostüm, 1 Smoking mit Weste, beides gezeichnet: „Aug. Bergquist, Foreningsg. Malmö", 1 graues älteres Kostüm, 1 brauner Leinwandwäschesack, 1 Paar Herren-Chevreaux-Stiefel gez. „Aly Skomagasin", eine gelbe Rindledertasche mit Einrichtung für Toilettesachen, eine grau und schwarzgestreifte und eine schwarze Hose, 1 photographischer Apparat, Größe 10×15 mit genarbtem, schwarzen Rindlederkasten, 3 Holzkassetten und 2 Objektivbrettern, 1 goldenes Armband mit Stein und mehrere Paar Damenstrümpfe.

pb. **Entwendete Perlbohnen.** Am 16. ds. Mts. gegen 10¾ Uhr vormittags ist an der Kanalstraße zwischen Glockengießerstraße und Weiter Lohberg ein ziemlich großer Spankorb mit Perlbohnen abhanden gekommen vermutlich gestohlen worden.

pb. **Auf der Flucht mit der Beute nach Lübeck.** Einem Schnitter auf dem Hofe „Zumfelde" bei Klütz sind am 19. d. M. nachmittags aus seinem Koffer 60 Mk., ein blauer Jackettanzug, eine Hose und verschiedene Wäschestücke gestohlen worden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Schnitter Isidor Blischinski, geboren am 8. Mai 1860 in Gnesen. Derselbe ist etwa 1,65 Meter groß, hat starken roten Schnurrbart, ziemlich große Glatze und frische Narben im Gesicht. Er soll nach hier gefahren sein und zwei Säcke bei sich tragen.

Der Zirkus Otto Mark kommt nach Lübeck. Wie aus dem Anzeigenteil der heutigen Nummer ersichtlich, trifft morgen, Mittwoch, Zirkus Mark zu einem kurzen Gastspiel hier ein. Zirkus Mark ist einer der größten reisenden Unternehmungen und hat vor den Größten etwas voraus: Er ist wirklich der einzige, der mehr Wert auf erstklassige zirzensische Leistungen legt, als auf große Reklame-Bluffs. Es handelt sich um keinen wandernden Miniatur-Zoologischen-Garten, sondern um einen wirklichen erstklassigen Zirkus, der sich in seinen Leistungen getrost mit den alten Bekannten Kremser, Carré usw. auf eine Stufe stellen kann. Zirkus Mark bringt Sterne der Artistenwelt, die in der Manege, auf dem Drahtseil, in der Luft, am Reck, zu Pferde usw. das Beste auf ihrem speziellen Gebiete leisten. Daneben sieht der Besucher Elefanten, Kamele, indische Büffel, Löwen, Zebras, zahlreiche Hunde, Affen usw. Das Ausland ist durch eine Chinesen-Truppe vertreten, deren Leistungen überall Staunen und Bewunderung erregen, und für die Lachmuskeln sorgen eine Anzahl Clowns und Auguste, die mit ihren tollen Späßen den besten Humor verbreiten. Das Gastspiel beginnt auf dem Burgfeld.

Hamburg. Im Winterprozeß, über den wir gestern berichteten, wurde folgendes Urteil gefällt: Der Gerichtshof erblickt in den Worten „Mistkäfer" und „Gesindel" eine schwere Beleidigung, die um so schwerer ins Gewicht fällt, da sie gegen einen hohen Staatsbeamten gerichtet ist, der im Bewußtsein seiner Pflichterfüllung gehandelt hat. Der Gerichtshof hat deshalb eine hohe Strafe für angemessen erachtet und auf zwei Wochen Gefängnis gegen den Angeklagten Millhahn erkannt.

Altona. Mit dem Parteitag in Chemnitz beschäftigte sich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Altona. Genosse Schramme hatte dazu den Antrag gestellt: Der § 5 des Organisationsstatuts bleibt unverändert. Schramme betonte, daß durch die geplante Erhöhung der Mindestbeiträge namentlich die Landbevölkerung, die mit geringeren Löhnen zu rechnen hat, schwer getroffen werde. Wer gegen die Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder sei, müsse sich auch gegen eine solche bei den Männern wenden. Weiter wird vom Genossen Fröhlich folgender Antrag zum § 7 des Organisationsstatuts gestellt: Bei namentlichen Abstimmungen auf dem Parteitage wird die Mitgliederzahl der vertretenen Kreise zugrunde gelegt und zwar derart, daß auf jedes vollendete und jedes angefangene Tausend Mitglieder eine Stimme fällt. Diese Stimmenzahl wird auf die Zahl der Delegierten verteilt. — Die Bezirksorganisationen sind befugt, kleine Kreise zur Wahl eines Delegierten zusammenzulegen. Genosse Fricke stellte folgenden Antrag: „Der Parteitag ersucht die Parteiorganisationen, durch Verbreitung von entsprechenden Schriften und durch Versammlungen neben den allgemeinen Protesten gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung auch Protest zu erheben dagegen, daß die Religion zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß der Kirchenaustritt der Arbeiter das wirksamste Mittel ist, um den verderblichen Religionsunterricht aus der Volksschule zu entfernen." Die Abstimmung ergibt, daß die Anträge Schramme und Fricke angenommen werden. Der Antrag Fröhlich wird mit 107 gegen 86 Stimmen abgelehnt.

Kiel. Folgen studentischer Renommiersucht. Der Student der Philosophie Wilhelm Rogge aus Kiel ist an den Folgen zweier Schmisse, die er bei einer Mensur erhalten hatte, gestorben. Der Staatsanwalt hat die Obduktion der Leiche angeordnet.

Itzehoe. Anti-alkoholischer Verfolgungswahn. Durch anonyme Zuschriften in den Tod getrieben ist der hiesige Händler Hermann Rosenthal. Er war früher Guttempler, trat aber wieder aus dem Orden aus. Seit Wochen erhielt er nun anonyme Zuschriften, in denen er ob seines Alkoholgenusses gehänselt wurde, und in denen ihm furchtbare Folgen des Alkoholgenusses als für ihn zutreffend geschildert wurden. Er nahm sich dies so zu Herzen, daß er sich erhängte.

Itzehoe. Jahresbericht des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises. Dem soeben erschienenen Jahresbericht des fünften Wahlkreises entnehmen wir folgendes: Die Gesamtorganisation hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gut vorwärts entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 2079 auf 2608, also um 529, gleich einer prozentualen Steigerung von 25,4 pZt. Die einzelnen Ortsvereine zählten Mitglieder: Burg 102, Brunsbüttelhafen 257, Brunsbüttelkoog 207, Heide 201, Helgoland 98, Itzehoe 785, Kellinghusen 174, Krempe, 21, Lägerdorf 283, Lunden 33, Marne 166, Meldorf 137, Wilster 144. Männliche Mitglieder zählt der Kreis 2272, weibliche 336. Ein neuer Ortsverein konnte im Berichtsjahre in Helgoland gegründet werden, der jetzt über 98 Mitglieder zählt. Die Parteipresse findet im Kreise folgende Verbreitung: „Volks-Zeitung" 2197, „Echo" 12, „Neue Zeit" 8, „Wahrer Jacob" 676, „Gleichheit" 102, „Arbeiter-Jugend" 67, „Freie Stunden" 31. Die „Volks-Zeitung" hat im Wahlkreise einen schweren Stand, verfügen unsere bürgerlichen Gegner im Kreise doch allein über 21 Zeitungen. Versammlungen fanden zusamen 234 statt, davon waren 86 öffentliche, 141 Mitglieder-, 7 Frauenversammlungen. Die Lokalfrage hat sich gegenüber dem Vorjahre etwas gebessert. Große Lokale stehen der Partei 23, kleinere 28, außerdem im Landgebiet noch 26 kleinere Lokale und Plätze zur Verfügung. An den Abendveranstaltungen der Maifeier beteiligten sich zusammen etwa 2500 Personen, während 732 Genossen die Feier durch völlige Arbeitsruhe begingen. In den Kommunen und Gemeinden hat die Partei drei Stadtverordnete und 24 Gemeindevertreter. Die Finanzen stehen recht günstig. Die Einnahmen beliefen sich im Berichtsjahre auf 18 240,14 Mk., denen 15 687,92 Mark an Ausgaben gegenüberstanden, so daß ein Kassenbestand von 2552,22 Mark vorhanden ist. Die Reichstagswahlen brachten unserem Kandidaten, dem Genossen Paul Müller, 12 180 (etwa 1000 Stimmen mehr als 1907), dagegen erhielten die Gegner zusammen etwa 20 000 Stimmen. Zur Wahl fanden 64 Versammlungen statt. Das Arbeitersekretariat des fünften Kreises erteilte aus mehreren Gründen im Berichtsjahre erheblich weniger Auskünfte als im Vorjahre, zusammen 726. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 154. — In der am Sonntag abgehaltenen Kreisgeneralversammlung wurde anstelle des von der Kandidatur zurückgetretenen Genossen P. Müller der Genosse Winkelmann-Bremen einstimmig zum Reichstagskandidaten gewählt.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen

der freien Jugend Lübecks!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) Fernruf 2336
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Dickmilch, Pimpkäse.

Weine u. Spirituosen
in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten :: 2682
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 113. Fernsprecher 687.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Gasthof zur goldenen Traube.
Empfehle meine Restauration sowie meine gut gepflegten Biere.
Mittagstisch
60 Pfg. 2273
H. Hoffmann, Depenau 27.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!
Bezirks- und Werkstätten-Vertrauensleute versammlung
am Donnerstag, 22. Aug.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
2686) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Baudelegierten-Sitzung
am Donnerstag, 22. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52
Jeder Bau muß vertreten sein!
2674 **Der Vorstand.**

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck
Für Massenauflagen: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.
▭ ▭
Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Arbeiter-Bildungsverein
Lübeck.

General-Versammlung
am Donnerstag, 22. Aug. 1912
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht.
2. Unsere Winter-Kurse.
3. Festsetzung des Winterprogramms
4. Ausflug nach Dänemark.
5. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
2679) **Der Vorstand.**

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 21. Aug.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Lohnbewegung.

Da nur diese eine Versammlung in dieser Sache stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Mitglieder des Ortsvereins Hirsch-Duncker sind ebenfalls hiermit eingeladen.
2677) **Der Vorstand.**

Transportarbeiter.
Die heutige gemeinschaftliche Versammlung fällt aus.
2681) **Der Vorstand.**

Lübecker Straßenbahn.

Der § 7 der Beförderungsbedingungen vom 1. Februar 1911 wird von heute ab wie folgt abgeändert:

§ 7.
Arbeiter-Wochenkarten.
Für Arbeiter bis zu 1500 Mk. Jahreseinkommen gelangen Arbeiterwochenkarten zur Ausgabe:
für 0.75 Mk. zur täglich zweimaligen Fahrt
1.20 „ „ „ viermaligen „
auf der Strecke, für die sie ausdrücklich gelöst sind.
Lübeck, den 19. August 1912.

Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten.
2685 **Abteilung Straßenbahn.**

Billig! Käse. Billig!
Schöne vollfette Tilsiter . . . . . **60** und **70** Pfg.
Rahmkäse . . . . . **80** „
Der beliebte Käse Holländer Art . . . . . **65** „
Fleischhauerstraße 48.
2684 **Klein-Verkauf vom Engros-Lager.**

Nur kurze Zeit!
Zirkus Otto Mark
Lübeck, auf dem Burgfeld.
Kein Reklameunternehmen, sondern reelle Darbietungen zirzensischer Künste in höchster Vollendung.
Mittwoch, 21. August, abends 8¼ Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Donnerstag, abends 8¼ Uhr:
Brillant-Parforce-Vorstellung.
Freitag, abends 8¼ Uhr:
Grand High Life Vorstellung.

Preise der Plätze (ohne Billettsteuer)
Loge **3.**— Mk., Num. Sperrsitz **2.**— Mk., I. Platz **1.20** Mk., II. Platz **80** Pfg., Galerie (Stehpl.) **50** Pfg.

Kinder unter 10 Jahren zahlen **nur nachmittags auf allen Plätzen die Hälfte.** (2678

☞ Zu den vormittags ab 10 Uhr stattfindenden **Proben** haben Erwachsene gegen Entree von 20 Pfg, Kinder 10 Pfg., **Zutritt.**
Vorverkaufs-Billetts von vormittags 10 Uhr ab an der Zirkuskasse, im Zigarrengeschäft von **M. Niemeyer,** Breite Straße 62, Fernruf 1553, zu ermäßigten Preisen und zwar: Loge **2.70,** Sperrsitz **1.80,** I. Platz **1.—,** II. Platz **70** Pfg., Galerie **40** Pfg.

Hansa-Theater
Direktion: Gebr. Gollbach.
Telephon 610.
Heute abend 8½ Uhr.
Das große August-Programm.
The Conradys
Luftgymnastik
Les Jolies
Exzentrik-Gesang-Duett
Frida Bendix
Soubrette.

Nach der Vorstellung in den neu eingerichteten Räumen:
Kabarett.
Auftreten erstklassiger Künstler. 2683
Entree im Kabarett frei.
Vorverkauf bei Sager, Kohlm.
Jeden Sonntag von abends 7 Uhr ab: **Konzert.**

Heraus aus der Kirche!

Alle diejenigen, die mit der Religion gebrochen haben, sollten **aus der Kirche austreten.** Der Kirchenaustritt muß mit ein **Protest** dagegen werden, daß die Religion als hauptsächlichstes Verdummungs- und Ausbeutungsmittel benutzt wird. Der Kirchenaustritt muß eine **Kundgebung gegen den Gewissenszwang** sein, dagegen, daß wir noch gezwungen werden, unsere Kinder an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Deshalb:

Heraus aus der Kirche!

Ortsgruppe Lübeck des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands.
2675 **Auskunft erteilt: Wilhelm Dierk, Hüxstraße 68.**

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonnabend, dem 31. August cr., im gr. Saale d. Gewerkschaftshauses,
Johannisstraße 50—52:

Lassalle-Feier

bestehend aus
Konzert, Männerchor und Rezitationen.

Unter Mitwirkung des **Arbeitersängerbundes** und des **Oberregisseurs Georg Brunow vom Stadttheater in Lübeck.**

Kassenöffnung 8 Uhr. Eintritt 20 Pfennig pro Person. Anfang 8½ Uhr.

Karten im Vorverkauf sind zu haben: Im **Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus,** Expedition des **„Lübecker Volksboten",** G. Ehlers, Hüxstr., **K. Wittfoot,** Hüxstraße, **F. Lender,** Hüxstraße, **H. Grevesmühl,** Fischergrube, **Kuhr,** Johannisstraße, und bei den Boten der Partei.

Freundlichst ladet ein 2667
Das Komitee.

Fleisch ist teuer!
In allen Verkaufsstellen
Pimp-Pimp-Pimp-Käse.
Hansa-Meierei
Fleisch ist teuer!
(2680) **Das Riesenformat pro Stück 5 Pfg.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 194. Dienstag, den 20. August 1912. 19. Jahrg.

Unsere Frauenbewegung.

Die politisch bewegte Zeit des Reichstagswahlkampfes ist auch in hervorragendem Maße zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat genutzt worden. Mit einer allgemeinen Protestaktion gegen die schier unerträglich gewordene Lebensmittelteuerung setzte die Wahlbewegung bereits ein. In dem zu dieser Aktion verbreiteten Flugblatt und in den Versammlungseinladungen waren die Frauen besonders aufgerufen. Ihre Beteiligung an den Veranstaltungen, die sich zu wuchtigen Kundgebungen gegen die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik des Reiches gestalteten, war denn auch erfreulicherweise durchweg eine sehr starke. Die klare Erkenntnis der unerhörten Belastung der ärmeren Volksschichten durch die indirekte Besteuerung und das gesamte Liebesgaben- und Protektionssystem dringt dank unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit in immer weitere Schichten auch des weiblichen Proletariats. Und der Umstand, daß die Frauen nicht nur als Arbeiterinnen und Staatsbürgerinnen, sondern vor allem auch als Hausfrauen und Mütter täglich auf das schwerste die schädlichen Folgen dieser Politik zu kosten bekommen, erleichtert uns diese Arbeit. Während der eigentlichen Wahlbewegung stellten die Frauen überall ein hohes Kontingent der Versammlungsbesucher, selbst bei den vielen Versammlungen unter freiem Himmel. Außerdem haben aber auch Hunderte von Frauenversammlungen stattgefunden, in denen das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen nachgewiesen wurde und die Aufforderung an sie erging, sich aktiv am Wahlkampfe zu beteiligen. Wie in keinem Wahlkampfe zuvor ist denn auch die Anteilnahme der Frauen bei der letzten Wahlbewegung zu konstatieren. Dadurch wurde der Reichstagswahlkampf in vielfacher Beziehung gleichzeitig zu einer wirksamen Demonstration für das Frauenwahlrecht. Einmal, weil durch ihre tätige Anteilnahme am politischen Kampf weite Frauenkreise den politischen Befähigungsnachweis erbrachten; ferner, weil in all den hundert und aber hundert Versammlungen, in denen die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen und ihr Interesse an der Gestaltung des politischen Geschehens nachgewiesen wurde, auch die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau eine starke Betonung erfuhr; außerdem sind durch den Wahlkampf große Schichten indifferenter Frauen aufgerüttelt, zum politischen Leben erweckt und damit in die Reihen der Wahlrechtskämpferinnen aufgerückt. Und schließlich bedeutet die durch den Wahlkampf erfolgte Stärkung der Partei einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Eroberung des demokratischen Frauenwahlrechts.

Die Fraktion hat denn auch sofort nach Eröffnung des Reichstages neben den übrigen Anträgen für Demokratisierung unseres Staatslebens einen Antrag für Einführung des Frauenwahlrechts eingebracht.

Sofort nach Beendigung des Reichstagswahlkampfes setzte überall im Reiche eine lebhafte Agitation ein zur Gewinnung neuer Parteimitglieder und Abonnenten unserer Tagespresse sowie der „Gleichheit".

Zur Unterstützung dieser Agitation unter den Proletarierinnen ist ein Flugblatt „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" und eine Broschüre „Bist Du eine der Unsrigen?" herausgegeben worden. Anläßlich des bürgerlichen Frauenkongresses im März dieses Jahres hat für Berlin, veranstaltet von der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsleitung, eine Gegendemonstration der proletarischen Frauen stattgefunden. „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus" lautete das Thema, das behandelt wurde in sieben überfüllten Frauenversammlungen, die sich zu einem glänzenden Bekenntnis der Berliner Proletarierinnen zum Sozialismus gestalteten. Die Berliner Veranstaltung gab den Genossinnen vieler Orte die Anregung zu Versammlungen mit dem Thema: „Die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung."

Den Höhepunkt der Agitation unter dem weiblichen Proletariat bildete auch in diesem Jahr „der sozialdemokratische Frauentag". In einer weit größeren Anzahl von Orten als im vergangenen Jahr haben heuer Versammlungen stattgefunden, die der Propaganda für die politische Mündigkeitserklärung des Weibes dienten. Wenngleich an manchen Orten der Versammlungsbesuch auch vielleicht etwas gelitten hat unter der hohen Temperatur des 12. Mai, so war doch im allgemeinen der zweite sozialdemokratische Frauentag eine noch weit wuchtigere Kundgebung für das volle Bürgerrecht der Frau als sein Vorgänger. Der Frauentag ward auch in diesem Jahr zu einer internationalen sozialdemokratischen Demonstration für das Frauenwahlrecht, da auch Österreich und Holland am gleichen Tage und die Schweiz einige Wochen zuvor eine gleiche umfassende Propaganda entfalteten wie wir. Eine sorgfältige Vorbereitung erfuhr unser Frauentag dadurch, daß in einer Konferenz der Sekretäre die geplante Aktion besprochen wurde, daß durch ein Zirkular des Parteivorstandes und der Generalkommission die örtlichen Parteileitungen und die Gewerkschaftskartelle zur intensiven Agitation aufgefordert und daß die Parteipresse und die „Gleichheit" durch das Frauenbureau, die Gewerkschaftspresse durch das Arbeiterinnensekretariat mit einer Reihe von Artikeln über den Frauentag versorgt wurden. Außerdem wurde ein anfeuerndes Flugblatt und eine einheitliche Resolution vom Parteivorstand versandt und durch die Parteikorrespondenz die Redner mit Material versorgt. In Leseabenden, Zahlabenden und Parteiversammlungen wurde vorher die Bedeutung des Frauenwahlrechts für den Klassenkampf des Proletariats besprochen und damit das Interesse der Gesamtpartei für die Aktion ungemein belebt. Von der Redaktion der „Gleichheit" wurde eine reich illustrierte 16seitige Wahlrechtszeitung herausgegeben.

Natürlich diente der Frauentag nicht nur der Propaganda für das Frauenwahlrecht, sondern er diente gleichzeitig der politischen Organisierung der Wahlrechtskämpferinnen und er brachte uns deshalb eine ansehnliche Verstärkung der Zahl unserer weiblichen Parteimitglieder. Dasselbe ist zu sagen vom Wahlkampf.

In steigendem Maße beteiligen sich erfreulicherweise die Genossinnen an den Krankenkassenwahlen. An den Orten, wo dies im letzten Jahr geschah, ist durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen das soziale Verständnis der Arbeiterinnen erweitert und ihr Interesse für die Mitarbeit an der Verwaltung der Krankenkassen, für die statutarische Erweiterung der Leistungen der Kasse: Familienversicherung, Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz u. a. m. geweckt und verstärkt worden.

Ein ganz neues Gebiet für die Propaganda und für die Tätigkeit der Proletarierinnen ist den Genossinnen auf der letzten Frauenkonferenz in Jena zugewiesen: die Mitarbeit der Frauen im Gemeindeleben. Neu nennen wir dies Gebiet deshalb, weil zum erstenmal offiziell und allgemein die Genossinnen zur Mitarbeit aufgerufen und durch ein informierendes Referat die Richtlinien für ihre Tätigkeit aufgestellt wurden. Tätig sind bereits seit Jahren Genossinnen in den verschiedensten Gemeinden, in der Armen- und Waisenpflege, in den Schulkommissionen usw. Um im ganzen Reiche eine Planmäßigkeit in diese Tätigkeit der Genossinnen zu bringen, um eine lebhafte Agitation für die Durchführung unserer Forderungen an die Gemeinde und für das kommunale Frauenwahlrecht anzuregen, beschäftigte sich die Konferenz mit dieser Frage. Da die kommunalen Einrichtungen in überaus verschiedener Weise entwickelt sind, besonders aber, weil die gesetzlichen Bestimmungen über die Mitarbeit der Frau in den kommunalen Körperschaften in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden sind, wird es Aufgabe der Genossinnen sein, auf den Bezirkskonferenzen die Behandlung dieser Fragen anzuregen.

In Oldenburg ist im letzten Jahre das passive kommunale Frauenwahlrecht errungen. Dieser Fortschritt ist dem energischen und grundsätzlichen Kampfe unserer sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu danken. Leider reichte ihr Einfluß noch nicht aus, auch das aktive Wahlrecht zu erreichen, das sie mit aller grundsätzlichen Schärfe und unter Betonung seiner praktischen Bedeutung gefordert hatten.

Beim Kampf um das demokratische Wahlrecht in Preußen, bei der Protestaktion gegen die Angriffe auf das Koalitionsrecht, gegen die Klassenjustiz im Ruhrrevier, gegen die wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, kurzum, bei allen Aktionen der Gesamtpartei, stellten die Frauen ein ansehnliches Kontingent der Teilnehmer.

Im ganzen wurden für 66 Agitationstouren und zirka 200 Einzelversammlungen Referentinnen vom Frauenbureau vermittelt. Am Frauentag konnten bei weitem nicht die Wünsche auf Entsendung von Referentinnen erfüllt werden. Der Hinweis auf die Kräfte am Orte führte nicht nur dazu, daß viele Genossen das Referat übernahmen, sondern auch dazu, daß viele Genossinnen zum erstenmal versuchten — und meistens mit gutem Erfolg — in freier Rede die Forderung des Frauenwahlrechts zu erheben.

Der Erfolg der Agitation, soweit er in der Zunahme weiblicher Parteimitglieder zum Ausdruck kommt, ist ein sehr guter. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder stieg von 107 693 auf 130 371, also eine Zunahme von 22 678.

Die schriftliche Agitation unter den Frauen durch die Parteipresse erfolgte in besonderen Artikeln und durch besondere Beilagen oder Rubriken. Das Frauenbureau, das Arbeiterinnensekretariat, aber auch viele der sonst tätigen Genossinnen lieferten dazu Beiträge, ebenso für die Agitationskalender und die einzelnen Landboten.

Die „Gleichheit" hat eine Auflage von 107 000 Exemplaren erreicht.

Flugblätter sind verbreitet worden.

Auch die „Frauen-Wahlrechtszeitung" sowie mehrere Broschüren sind in großer Auflage verbreitet worden.

Der Verlag des „Vorwärts" gibt neuerdings eine „Sozialdemokratische Frauenbibliothek" heraus.

Fruchtbringende Anregungen erhielt die Frauenbewegung durch die Frauenkonferenzen des letzten Jahres. Vor dem letzten Parteitag in Jena fand eine Reichskonferenz statt, die außer mit dem Geschäftsbericht des Frauenbureaus sich mit den Reichstagswahlen und der Gemeindepolitik beschäftigte.

Ferner fanden mehrere Bezirkskonferenzen statt.

Während die Reichskonferenzen Willenskundgebungen der proletarischen Frauen des Reiches sind, die die großen Richtlinien für die Gesamttätigkeit im Rahmen der Parteiorganisation festlegen, dienen die Bezirks- und Kreiskonferenzen mehr der Beratung über die Agitations-, Organisations- und Schulungsarbeit der Genossinnen unter weitgehendster Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Überall haben die Konferenzen sich als überaus fördernd für die Bewegung erwiesen.

Die Diskussions- und Leseabende haben sehr viel neue Anregungen erhalten durch den Leitfaden, den der Parteivorstand im vergangenen Jahre herausgegeben hat und der in vielen hundert Exemplaren nachgefordert ist; desgleichen durch die Diskussion auf der letzten Reichskonferenz. Leseabende für Frauen werden regelmäßig in 140 Wahlkreisen veranstaltet. Die Zahl der Teilnehmerinnen an den einzelnen Leseabenden hat überall zugenommen, soweit uns Meldungen zugingen.

Kurse, die besonders der Schulung der Genossinnen dienen, haben Berlin und Bremen mit gutem Erfolg eingerichtet. Außerdem nimmt erfreulicherweise die Zahl der Genossinnen zu, die an den ständigen örtlichen Bildungsbestrebungen und an den Wanderkursen teilnehmen.

Die Mitarbeit der Genossinnen an allen Arbeiten der Organisation war im verflossenen Geschäftsjahr eine besonders gute. Das zeigte sich vor allem während des Wahlkampfes. Ein Zirkular des Parteivorstandes forderte zu Beginn des Wahlkampfes alle Organisationsleitungen auf, die Arbeit der Genossinnen für den Wahlkampf nutzbar zu machen. Wo so verfahren ist, wird überall von der eifrigen,

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.

Ferl stand vor ihm, den er seit zwei Jahren nicht mehr gesehen, strotzend in jugendlicher Kraft; und er drückte die Hand und betastete das Gewand und sog gierig den Duft seines Waldes ein, der den ganzen Raum füllte.

Unzählige Fragen drängten sich auf seine zitternden Lippen, nach dem alten Grimm, nach der Holzerhütt'n, nach dem großen Schlag mit den Brombeersträuchen, doch Ferl gab keinen Bescheid.

„Pack nur z'samm', Vater, und komm' mit, nachher wirst all's selb'r seh'n. D' Rosl wart' scho und die Enk'lbuab'n."

Johannes starrte sprachlos in das sonnig lachende Antlitz.

„Ja, es ist schon so, Johannes," erklärte nun ein Herr, der mit Ferl eingetreten war, der Arzt. „Sie sind frei von heute an. Ich habe Ihnen den Erlaß der noch fehlenden Wochen erwirkt. Sie brauchen frische Luft, Bewegung."

„Herr Doktor, das geht net," sagte Johannes und fuhr sich ratlos über die Stirne. „Meine Straf' wenigstens muaß i absitz'n, und dann, dann geht's a net — nein — 's geht net. — Wia soll i meine Enkelkinder — was soll i ihna sag'n? Den ganz'n Hof tät i vergift'n. Ferl, i kann net, i darf net."

„Sie müssen!" erklärte nun der Arzt in scharfem Tone. „Es gibt keine Widersetzlichkeit in diesem Hause, verstanden, Herr Altinger? Ich befehle es Ihnen! Sie folgen augenblicklich diesem Manne."

Das setzte allem die Krone auf. Sein höchstes Glück, an das zu denken ihm ein Frevel schien, wurde ihm aufgezwungen.

Als er am Arme Ferls das Gefängnis verließ und die Straße betrat, da erfaßte ihn eine tödliche Angst, er gedachte der tobenden Menschenmenge vor dem Palais Posenz, wie sie seinen Namen gerufen, des Schlages in das Antlitz, der einzig wirklichen Sühne all seiner Schandtaten.

Wenn ihn irgend jemand wiedererkannte, war er verloren. Man wird von neuem seine Rache an ihm kühlen, ihn verhöhnen, mit Steinen werfen! — Jedoch um keinen Preis hätte er zu Ferl darüber gesprochen.

Es geschähe ihm ja recht, ganz recht.

Oft glaubte er ein Gesicht zu erkennen, dann drückte er sich enger an seinen Begleiter. Aber es war eine Einbildung. Wonnegefühl der wiedererlangten Freiheit, die Frühjahrsluft, der Sonnenschein tat das übrige.

Während der Bahnfahrt sprach er kein Wort, als fürchte er aus einem schönen Traum zu erwachen.

Rosl erwartete ihn nicht auf der Station, wie er fast gefürchtet, auch kein Wagen. Man wollte wohl jedes Aufsehen vermeiden, er sollte gewissermaßen hineingeschmuggelt werden in den Hof.

Ganz in der Ordnung!

Einen Büchsenschuß vom Stationsgebäude lag das Bergwerk. Es mußte sich noch weiter ausgedehnt haben, seiner Erinnerung nach. Zwei riesige Schlote sandten jetzt ihren Qualm in schlanken Säulen empor, und das dumpfe Rollen der „Hunte", das Rasseln der aufgeschütteten Kohle im Sortierhause erfüllte die Luft.

Er dachte seines Hasses gegen das „Teufelswerk", das sich hier vollzog, seiner instinktiven Furcht vor ihm, als dem Symbol einer neuen, dem Bauer feindlichen Zeit, und es war ihm, als müsse er ihm Abbitte tun, dem rastlosen Untüm, das Tausenden von Menschen ehrliches Brot verschaffte, während er es vielen geraubt.

Der Weg führte die rauchenden Halden entlang, dann zwischen Weidengebüsch bergauf, durch einen Jungwald.

Als Johannes zum letztenmal hier gegangen, rangen noch die jungen Pflanzen mit den Brombeersträuchen um ihr Leben, jetzt wölbte sich schon ein grünes Dach über den schmalen Weg. Nur noch einige Schritte bis zur Höhe, dann mußte man hinabsehen auf den Nonnenwald.

Und Ferl sprach kein Wort. Nur immer schneller ging er, daß kein Nachkommen mehr war. Jetzt stand er schon oben und blickte hinab.

Das Herz klopfte Johannes zum Zerspringen. Er mußte dicht unter der Höhe stehen bleiben. Ferl blickte zurück auf ihn, sein ganzes Antlitz leuchtete.

„Kannst Di no erinnern, was i g'schwor'n hab', damals auf Dei'm Schlag, wia Du mir d' Rosl geb'n hast?" rief er zurück. „No, dann komm und schau, ob i 'hn a g'halt'n hab', mein' Schwur!"

Johannes trat vor. Seine Finger krallten sich in die Schultern des jungen Mannes nebenan, sein ganzer Körper bebte, während er hinabblickte auf das Tal zu seinen Füßen.

Keine Spur mehr von der furchtbaren Verwüstung, köstliches, frisches Grün, soweit das Auge reichte, in allen Schattierungen. Hier schlossen sich schon völlige Dickungen, dort standen noch die Pflanzen in Reih und Glied, während ganze

Das Bild des jungen Waldes, der sich mit neuer, nie versiegender Kraft emporrang zum Licht, und mitten darin stand die alte Holzerhütte. Ein blauer Rauch hob sich zwischen den Schindeln empor. Der alte Grimm kochte sein Mittagsmahl.

An einem dürren Stamm, der frei emporragte, wie als Wahrzeichen der Vergangenheit, pochte ein Buntspecht, und von einer Buche rief der Kuckuck den Frühling aus.

Johannes sank in die Knie, nahm den Hut vom Haupte, lehnte sich überwältigt von dem Anblick an seinen Stock mit dem mächtigen Hirschhorngriff und weinte helle Tränen, Tränen unsagbarer Freude, aber auch bitterer Reue, herben Vorwurfes.

„Gott lohn Dir's, Ferl, Dir und Deinen Kindern, i kann's wohl nimma."

Da sprang er auf, wie von neuer Kraft durchdrungen, schwang seinen Stock und eilte den Fußweg hinauf durch den jungen Wald, daß der Ferl Mühe hatte, ihm nachzukommen.

Der ärgerte sich schier über das rastlose Hindurchrennen durch die sorgsamen Pflanzungen, keinen Blick warf er darauf, der Bauer. Nur nach der Holzerhütte war sein Trachten, und hundert Schritte davor, da rief er schon, daß es durch den Wald schallte: „Grimm! Wo steckst denn? Grimm! Grimm!" Und wie er herausgehumpelt kam aus der Hütte, der Graukopf, und mit der Hand sich vor der Sonne schützend auf die Ankommenden sah, da breitete Johannes beide Arme aus und eilte stürmisch auf ihn zu. „Mein alter, braver Grimm! Kennst mi denn no, den armen Johannes? Schimpf mi, veracht mi, aber gönn' ma a Platzl in Deiner Hütt'n."

Der Grimm war arg verlegen, wenn ihm gleich das Naß aus den Augen lief in den struppigen, grauen Bart. Er schämte sich jeden Gefühlsausdruckes. Steif wie ein Stock er duldete er die Umarmungen des stürmischen Johannes; dann nahm er ihn an der Hand und führte ihn in die Hütte.

„G'rad g'recht bist komma, Bauer, zu die Preßknödl, wenn du den G'schmack d'ran net verlor'n hast in der Stadt."

Und Johannes mußte Platz nehmen, und der Grimm drehte die brodelnden Preßknödel in der Pfanne, als hab' sich nicht das geringste ereignet.

Johannes aber drängte es hinauf in den Hof zu der Rosl und zu den Enkelbuben, die er nur vor Jahren einmal flüchtig in der Stadt gesehen.

Grimm ließ ihn aber nicht fort. „Kümmer' Di net, d' werd'n glei' die Preßknödl in der Nas'n hab'n. Alle Dienstag

zuverlässigen Tätigkeit der Frauen berichtet. Ganz gleich, ob es sich um Flugblatt- und Stimmzettelverteilung, oder ob es sich um Listenanlegung und Listenführung, um Schlepperdienst oder um die Tätigkeit der weiblichen Redner handelte. Mit Recht können deshalb die Genossinnen für sich in Anspruch nehmen, daß sie wesentliches zu dem glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie beigetragen haben.

Allein 20 Rednerinnen hat das Frauenbureau während der Wahlbewegung vermittelt, darunter 12, die nacheinander in verschiedenen Bezirken tätig waren, und eine ganze Anzahl Rednerinnen sind direkt von den Bezirken und Kreisen verpflichtet worden.

Aber auch bei der Hausagitation, bei der Gewinnung von Mitgliedern und Zeitungsabonnenten, in den Versammlungen, bei der Hauskassierung, der Kalenderverbreitung, dem Literaturbetrieb und anderer wichtiger Kleinarbeit schaffen die Frauen mit glücklicher Hand. In 646 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig.

Die Kinderschutzkommissionen entfalten an 125 Orten ihre segensreiche Tätigkeit. Aus ihren Berichten geht hervor, daß sie durchweg für die Beachtung des gesetzlichen Kinderschutzes weit mehr leisten, als die Fabrikinspektion auf demselben Gebiete. Das geht hervor aus der Zahl der bearbeiteten Fälle, aber auch aus der Tatsache, daß die Kinderschutzkommissionen sich nicht daran genügen ließen, Kenntnis zu verbreiten über die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, sondern daß sie gleichfalls in weite Kreise die Aufklärung trugen über die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit. Daneben spannten sie ihr Tätigkeitsgebiet weiter, indem sie sich der verwahrlosten und mißhandelten Kinder annahmen und neuerdings, indem sie der Verwahrlosung vorzubeugen suchen durch Ferienspaziergänge, die sie mit den Kleinen veranstalten, in deren Leben sie durch diese gemeinsamen Wanderungen gleichzeitig ein wenig Sonne bringen.

In der Jugendbewegung beteiligten sich die Genossinnen gleichfalls in steigendem Maße. Die Beteiligung ist um so erfreulicher, weil es unbedingt notwendig ist, neben der männlichen Jugend in weit größerem Umfange als seither auch die weibliche Jugend für die Jugendbewegung zu gewinnen. Wer wäre aber wohl mehr imstande, die weibliche Jugend für die Bewegung zu gewinnen, als die Frau, die durch ihre Betätigung in der Arbeiterbewegung sich sozialen Weitblick erworben hat und in der Jugendbewegung ein Feld findet, auf dem sie all das Warme, Mütterliche und Sittliche, das in der Frau lebt, auslösen und betätigen kann?

Bereits im vergangenen Geschäftsjahr hatte der Vorstand einem Antrag der Breslauer Genossen auf Anstellung einer Sekretärin grundsätzlich zugestimmt, die praktische Ausführung des Beschlusses jedoch bis nach den Wahlen verschoben. Inzwischen hat der Bezirk Niederrhein als erster die Anstellung eines weiblichen Sekretärs vorgenommen.

Die Anstellung weiblicher Sekretäre ist ein Beweis von der wachsenden Stärke der proletarischen Frauenbewegung und rückwirkend wird sie ihr Vorwärtsschreiten sicherlich stark fördern.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Parteigenossen von Köln-Land befaßten sich in zwei Generalversammlungen mit der Tagesordnung des Parteitages. Es wurde eine große Reihe Anträge an den Parteitag angenommen; unter anderem wird verlangt die Erneuerung des Branntwein-Boykotts, eine Änderung des Titelblattes der „Neuen Zeit", die Aufstellung eines Bücherverzeichnisses, um eine planmäßige Einführung in die Wissenschaft des Sozialismus zu ermöglichen, die Beschaffung von Material für die Agitation unter den Privat-Angestellten usw. Ein Antrag fordert: „Eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen." Die Kommission, zu der nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker der landwirtschaftlichen Betriebsweise zuzuziehen sind, soll unter Verwendung einwandfreien statistischen Materials namentlich die landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und die soziale Lage der Kleinbauern objektiv erforschen und dadurch die Unterlagen für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm schaffen. Ein anderer Antrag verurteilt „die Abhaltung von Sonderkonferenzen jeglicher Art." Es wird vom Parteitag erwartet, daß er Mittel und Wege findet, daß solche Veranstaltungen in Zukunft nicht wieder vorkommen werden.

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen wurde der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volkszeitung" zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt. Während des Straßenbahnerstreiks teilte das verurteilte Blatt von einem arbeitswilligen Schaffner mit, daß er mit einem Jahre Gefängnis vorbestraft sei. Die Tatsache war nicht zu bestreiten, aber das Gericht sah darin die Beleidigung, daß dem Arbeitswilligen die Strafe öffentlich vorgehalten wurde.

Sächsischer Landesparteitag. Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie ist sehr stark besucht. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten eingeschlossen, sind etwa 130 Vertreter, darunter einige Frauen anwesend. Für den Parteivorstand ist Gen. Molkenbuhr erschienen. Den Vorsitz führen Fleißner-Dresden und Lipinski-Leipzig. Molkenbuhr begrüßt den Parteitag mit einer eindrucksvollen Rede, in der er besonders auf das Treiben der Reaktion hinwies, die ein neues Zuchthausgesetz erstrebt. Den Bericht des Landesvorstandes, den wir im Auszug wiedergegeben haben, ergänzt der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Sindermann. Er bekämpft die Angriffe, die in Chemnitz und in Leipzig gegen die Tätigkeit des Landesvorstandes erhoben wurden. Daß die politischen Gegensätze in Sachsen immer mehr sich verschärfen, das beweisen die letzten Reichstagswahlen, die heftigere Kämpfe als je entfesselten und die enorme Kosten erfordert haben. Trotzdem war die Partei in der Lage, dem Parteivorstand noch erhebliche Summen zu überweisen. Über die Hälfte der Arbeiterschaft in Sachsen ist gewerkschaftlich organisiert. Diese Macht erscheint den Unternehmern so gefahrdrohend, daß sie laut nach einem Zuchthausgesetz schreien. An der Spitze dieser Bestrebungen steht in Sachsen der Hansabund. Die Arbeiterschaft muß auf der ganzen Linie mobil gemacht werden, wenn die sich auftürmenden Gefahren überwunden werden sollen. Wie weit in Sachsen der Terrorismus der Gegner bereits getrieben wird, das haben letzthin die bürgerlichen Saalbesitzer Sachsens gezeigt, die die Flucht in die Öffentlichkeit ergreifen mußten. Die nationale Arbeiterbewegung in Sachsen ist lediglich eine Mache der Unternehmer; mit den Unsummen, die dafür ausgegeben wurden, hätte manche Lohnbewegung vermieden werden können. Mit allen Mitteln versucht man in Sachsen die freie Jugendbewegung zu unterdrücken. Die Verwaltung der Stadt Glauchau läßt die arbeitende Jugend einfach im patriotischen Turnverein einschreiben und bezahlt die Beiträge aus städtischen Mitteln! Die sächsische Arbeiterschaft wird auch mit diesen Bestrebungen fertig werden. Der Landeskassierer Braune bespricht sodann den glänzenden Kassenabschluß der Partei und verknüpft damit die Mahnung, in der Opferwilligkeit nicht zu erlahmen, denn die bevorstehenden Kämpfe werden bedeutende finanzielle Anforderungen stellen. Der einzige Antrag, der der Landesversammlung vorliegt, in den Agitationskalender keine Inserate mehr aufzunehmen, wird vom Redner aus finanziellen Rücksichten bekämpft. In der am Montag eröffneten Diskussion bemängelte Genosse Noske, daß die sächsische Parteipresse zwar dem Landesvorstand unterstellt ist, aber keinerlei Vertretungsrecht auf der Landeskonferenz hat. Redner ist mit dem generellen Boykott der gegnerischen Versammlungen nicht einverstanden. — Seeger-Leipzig bestreitet, daß ein genereller Boykott besteht. In Sachsen liegen aber die Dinge so, daß die Gegner nur dann noch volle Versammlungen bekommen, wenn unsere Parteigenossen sie besuchen. Den Gegnern volle Versammlungen zu schaffen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Die sächsischen Fortschrittler hätten in das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes nicht einbezogen werden sollen, denn durch ihre Schuld ist der Reichsverbändler Liebert gewählt worden. — Wendel-Frankfurt bekämpft unter teilweise lebhaftem Widerspruch des Parteitages den Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen. — Lipinski-Leipzig rechtfertigt den Versammlungsboykott mit dem Hinweis darauf, daß es ganz im Belieben des Vorsitzenden einer gegnerischen Versammlung liegt, ob er das Wort erteilen will oder nicht. Die Entscheidung über Besuch oder Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen ist überdies völlig in die Hand der Leitung der einzelnen Kreise gestellt. — Geyer-Leipzig warnt davor, sich etwa der Illusion hinzugeben, daß die Partei in Sachsen sich nun ohne weiteres so sprunghaft weiter entwickeln werde. Der Ausfall der Stichwahlen in Sachsen hat bewiesen, daß die Liberalen aller Schattierungen völlig unsichere Kantonisten sind, weshalb sie unausgesetzt in der schärfsten Weise zu bekämpfen sind. — Sindermann-Dresden polemisiert scharf gegen Noske und Wendel, denn mit dem Versammlungsboykott hat die Partei die besten Erfahrungen gemacht. Nach einem kurzen Schlußwort Sindermanns wurde der Antrag, dem Kalender keine Inserate mehr anzufügen, abgelehnt. Den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, der auch gedruckt vorliegt, erstattet Uhlig-Zittau. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion zwei Sitze im Präsidium hat, beruht nicht auf einer Abflauung der Klassengegensätze, sondern lediglich auf den unter den bürgerlichen Parteien vorhandenen Unstimmigkeiten. Der Referent gibt dann ein anschauliches Bild von der umfassenden Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, aus der nur folgendes hervorgehoben sei: Die bürgerlichen Fraktionen sind im Bunde mit der reaktionären Regierung eifrig bestrebt, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Der sächsische Schulgesetzentwurf und die ins Auge gefaßte Jugendpflege sind klassische Beispiele dafür. Die Volksschule in Sachsen soll auch fernerhin den Charakter der Armenschule tragen. Wenn der Landtag so wenig brauchbare Arbeit geliefert hat, so liegt das nicht zum wenigsten an der Obstruktion der Konservativen. Wenn es sich um wirkliche Volksinteressen handelt, dann versagen regelmäßig auch die Nationalliberalen. Das Gemeindesteuergesetz ist direkt auf den Schutz der besitzenden Klassen zugeschnitten. Wenn einzelne Verbesserungen erzielt worden sind, dann kann die sozialdemokratische Fraktion sich das als Erfolg buchen. Einen Hemmschuh bildet die Erste Kammer. Wir dürfen nicht eine Reform dieser Kammer anstreben, sondern müssen ihre Beseitigung verlangen. Als erste unter den deutschen Regierungen war es die sächsische, die sich verpflichtete, für ein neues Zuchthausgesetz einzutreten. Der kommende Winter bringt neue Kämpfe, die die sozialdemokratische Fraktion auf dem Posten finden werden. Die Verhandlungen werden heute zu Ende geführt.

Gewerkschaftsbewegung.

Verbandstag der Schneider. Nach kurzer Debatte wurde ein Schlußantrag über das Referat bez. Taktik bei Lohnbewegungen angenommen. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt. Sodann wurden die Anträge beraten. Der Vorstand erklärt, daß er gegen die Einführung einer Sterbeunterstützung nichts einzuwenden habe. Sabath referierte über das Hausarbeitsgesetz. Er begründete folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Der vom 12. bis 17. August in Köln a. Rh. tagende 12. Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands steht in der Frage des Heimarbeiterschutzes nach wie vor auf dem Boden der auf dem Heimarbeiterschutzkongreß im Jahre 1904 in Berlin angenommenen Entschließung. Der Verbandstag erklärt deshalb, daß das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 in keiner Weise auch nur den minimalsten Forderungen eines wirksamen Heimarbeiterschutzes entspricht. Abgesehen davon, daß die Lohnämter als Grundlage eines durchgreifenden Heimarbeiterschutzes fehlen, ist das Gesetz nur ein Rahmengesetz, welches wenig zwingende Bestimmungen enthält, sondern mehr nur leitende Grundsätze aufstellt, deren Ausführung dem Ermessen der zuständigen Behörden überlassen ist. Zwingend sind lediglich die Bestimmungen über die offene Auslage von Lohnverzeichnissen und Lohntafeln (§ 3), die Führung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln (§ 4), die Registrierpflicht (§ 13) und die Unterstellung der Heimarbeiter unter die Gewerbeinspektion (§ 17). Alle andern Bestimmungen, so unter andern die, daß die Behörden durch Verfügung anordnen können, was zur Vermeidung einer nicht gerechtfertigten Zeitversäumnis der Heimarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung der Arbeit erforderlich ist (§ 5), die Vorschriften zum Schutz gegen Gefahren für Leben und Gesundheit der Hausarbeiter, sowie der Schutz der Kinder und Jugendlichen (§ 6), die Vorschriften für Schutzmaßregeln gegen Gefahren für die öffentliche Gesundheit (§ 7), das Verbot der gesundheitsschädlichen, der lebensgefährlichen oder die Sittlichkeit der Hausarbeiter oder der Öffentlichkeit gefährdenden Arbeiten durch den Bundesrat (§ 10), die Anzeigepflicht, in welchen Räumen Heimarbeit verrichtet werden soll (§ 12) und die Bestimmungen über die Fachausschüsse (§ 18 usw.) sind nur fakultativ. Als arge Verschlechterung kommt noch hinzu, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der besten Bestimmungen des Gesetzes, der §§ 3 und 4, erst durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt und dadurch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird. Das Gesetz ist demnach nur als Vorarbeit für ein Heimarbeiterschutzgesetz zu betrachten, das in seiner gegenwärtigen Fassung mehr eine Belastung als einen Schutz der Heimarbeiter enthält. Trotz alledem wird es Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein, das wenige, was das Gesetz den Heimarbeitern bringt, für sie nutzbar zu machen und alles zu tun, um die Gesetzgebung zu weiteren Schritten auf der Bahn zu einem wirksamen Heimarbeiterschutz vorwärts zu drängen. Der Verbandstag verpflichtet deshalb die Kollegen und Kolleginnen, unablässig in der Propaganda für Ausnutzung der geschaffenen Schutzbestimmungen und für Weiterentwickelung des Gesetzes tätig zu sein. Gleichzeitig ruft der Verbandstag die Kollegenschaft auf, mit verdoppeltem Eifer für die Organisierung der Heimarbeiter und -arbeiterinnen zu wirken, weil im Zusammenschluß der Arbeiterschaft die beste Schutzwehr gegen ihre Ausbeutung in jeglicher Form gegeben ist.

Behörden als Streikbrechervermittler. Vor einiger Zeit fand in Essen ein Streik der im Transportarbeiterverband organisierten Leitergerüstbauer statt. Unter den Arbeitswilligen, die von den Streikenden bewogen wurden, die Arbeit wieder niederzulegen, befand sich auch ein Arbeiter, der folgendes bekundete: Er sei von der Polizei festgenommen worden, weil man ihn im Verdacht hatte, arbeitsscheu zu sein. Auf dem Essener Polizeipräsidium sei ihm von dem Kriminalschutzmann, der ihn verhörte, die Abschiebung ins Arbeitshaus angedroht worden. Der Beamte ließ, auf seine Widerrede hin, in der er beteuerte, sich wohl um Arbeit bemüht, aber keine gefunden zu haben, durchblicken, daß es doch genügend Arbeitsgelegenheit in Essen gäbe. Er nannte dabei die drei bestreikten Leitergerüstbaufirmen Alb. Triebel, Aug. Feldbusch und Gottfried Wiecher und schrieb ihm die Adressen der Firmen auf einen Zettel. Er machte dann die Bemerkung, daß, wenn der angeblich Arbeitsscheue dort in Arbeit trete, die Unterbringung in ein Arbeitshaus nicht stattfinden würde, andernfalls sollte er sich am andern Tage zur bestimmten Zeit im Zimmer Nr. 107 des Polizeipräsidiums wieder einfinden. Der Arbeitswillige, der diese Begebenheit der Verbandsleitung vortrug, übergab derselben als Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung einen aus dem Polizeipräsidium stammenden Zettel, der die erwähnten Adressen und den Namen sowie die betreffende Zimmernummer enthielt. Ein ähnlicher Fall wird jetzt von der Essener Eisenbahndirektion bekannt, die in letzter Zeit wegen Maßregelungen organisierter Arbeiter und Beamten recht unliebsam von sich reden machte. In dem Essener Speditions- und Fuhrbetrieb Gebr. Hoppe befinden sich die Fuhrleute und Kutscher seit über eine Woche im Streik. Die Bemühungen der Firma, Arbeitswillige zu bekommen, waren bisher wenig erfolgreich. Da griff die Eisenbahn der bestreikten Firma unter die Arme. Sie stellte Rottenarbeiter, die obendrein nicht einmal fahren konnten, zur Verfügung. Wie diese bekundeten, seien sie gezwungen worden, diese Arbeit zu verrichten. Bei ihrer Weigerung wären sie zweifellos entlassen worden.

Warnung vor Arbeitsangeboten nach Finnland. Bei Kymi, einer der größten Papierfabriken in Finnland kam

---

Ein blauer Rock leuchtete durch das Grün, und darum herum schlüpften und sprangen zwei Jungen; es war die Rosl und die Buben!

Er trat hinaus, ging durch die junge Pflanzung dicht vor der Hütte, ihnen entgegen. Der eine Junge, der ältere offenbar, blieb erschreckt stehen, den sonderbaren Alten anstarrend, während der andere zur Mutter floh.

Die blieb selbst einen Augenblick wie angewurzelt stehen; dann aber eilte sie auf den Alten zu und fiel ihm um den Hals.

Keine Frage, kein leiser Vorwurf in Blick oder Wort, nur treue Liebe und Hingebung.

„Der Großvater! Kinder, der Großvater! Hannes! Franzl! Kommt's do her und gebt's a schöne Hand!"

Und Johannes kniete nieder auf seinen Boden und zog die Enkelbuben an sich und herzte und küßte sie, den Hannes mit den blonden Locken und seinen eigenen, harten Zügen, den richtigen Bauer vom Wald, und den schwarzen Franzl mit den Schelmenaugen. Und ringsum stieg ein Duft auf, als hauche der ganze Wald selbst ein Willkommen seinem alten Herrn.

„Herrgott Sakra! D' Preßknödl werd'n ja scho' stoanhart," rief der Grimm, und die Buben entrissen sich den Liebkosungen des Alten und liefen der Hütte zu.

Die Sonne war schon hinter den Hügeln verschwunden, als Johannes, umgeben von seinen Lieben, zu dem Hof hinaufstieg. Er zögerte einen Augenblick, ehe er die Schwelle betrat. Von neuem wälzte sich die Last seiner Schuld auf seine Seele. Wie kam er noch zu solchem Glück? Wie konnte er es wagen, die Hand danach auszustrecken?

Rosl ahnte seine schweren Gedanken. Sie tröstete ihn in herzlichen Worten. Willig folgte er dem sanften Druck des Armes auf seiner Schulter und betrat das Haus seiner Väter.

— — — — — — — — —

Fünf Jahre später. Ein Augusttag.

Johannes saß in einem Rollstuhl vor der Holzerhütte. Ein Schlaganfall hatte ihn vor drei Jahren völlig gelähmt. Franzl, der Enkel, fuhr ihn wie gewöhnlich nach dem Essen in den Wald spazieren, so weit es die spärlichen Wege erlaubten. Da nickte er dann ein und hielt sein Mittagsschläfchen.

Heute war dringende Arbeit. Der Bergbach war ausgetreten gestern nacht, von einem Gewitter geschwellt, und bedrohte die Pflanzungen.

Johannes ließ sich von Franzl in den Schatten einer jungen Buche fahren, dann befahl er ihm, zur Arbeit zurückzukehren.

Die Hitze war groß. Johannes fielen bald die Augen zu, bald öffnete er sie wieder weit und blickte hinaus in das flimmernde Sonnenlicht. Die Mücken tanzten, die Bienen summten. Zwei Rehe jagten sich durch die Stauden. Der Wald lag im Mittagsschlummer.

Diese sanfte Ruhe steckte auch Johannes an, und bald träumte er mit ihm um die Wette.

Es war ihm, als wäre er selbst ein Baum, mit starren, festen Wurzeln, die sich nicht rühren können, an seinen Platz gefesselt, und die heiße Sonne dränge in sein Blut und bringe den Lebenssaft in stürmische Bewegung, immer weiter hinauf in den Wipfel, der bis in die weiße Wolke ragte; dann wieder herunter wie ein Wasserfall. Ein schweres Gewitter zog darüber hinweg, Donner rollten, Blitze zuckten, grelle, schauerliche Blitze, einer fuhr ihm mitten in das Mark, dumpf ächzte er auf. Dann kam der Winter, der eisige Winter. Endloses Geflock senkte sich herab, schwer und dicht legte es sich um den erstarrten Leib, immer dichter, immer schwerer; der Lebenssaft erstarrte, die Nacht sank herab, die Winternacht.

* * *

Die Arbeit war mühsam im Bachbette. Der Franzl vergaß darüber ganz den Großvater. Erst ein heranziehendes Gewitter, das sich grollend anmeldete, erinnerte ihn daran.

Rasch lief er zur Buche.

Der Großvater schlief fest, sein Haupt war tief auf die Brust gesunken, das lange, weiße Haar verhüllte es ganz.

„Großvater!" rief Franzl. „A Wetter kommt! Großvater!"

„Na, laß 'n schlafen," dachte sich der Franzl und setzte langsam den Lehnstuhl in Bewegung.

Da neigte sich das Haupt auf die Seite, gerade noch zur rechten Zeit fing Franzl den Körper auf. Er hielt eine Leiche im Arme.

Erst lähmte der Schreck seine Stimme, dann rief er nach Grimm, nach dem Vater, dem Bruder.

Es war nicht anders. Johannes Altinger war verschieden.

Der alte Grimm drückte ihm die Augen zu; dann führte man den Toten in die Holzerhütte.

In diesem Augenblicke brach das Gewitter los. Ein rauschender Regen ergoß sich über den lechzenden Wald.

Unter der Türe der Holzerhütte, das wachsfahle Antlitz gegen die Ferne gerichtet, saß der Bauer vom Wald und träumte blitzumleuchtet seinen Traum zu Ende.

———

es am 13. Juli zum Streik, der noch nicht beigelegt werden konnte. Die Einigkeit und Ordnung unter den Streikenden ist vollständig und die Aussichten auf einen glücklichen Ausgang groß, denn die Firma hat keine Streikbrecher im Lande finden können. Gegenwärtig sollen Agenten in Deutschland herumreisen, um 200 berufskundige Streikbrecher anzuwerben. Die deutschen Arbeiter werden deshalb vor Arbeitsannahme nach Finnland gewarnt.

Soziales.

Die Arbeiterschutzbestimmungen für die Glasindustrie. Die bundesrätlichen Bestimmungen, nach denen es auch jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren gestattet ist, nachts zu arbeiten, waren nach einer zehnjährigen Gültigkeitsdauer im März abgelaufen, jedoch in letzter Stunde bis 1913 verlängert worden. Das Ministerium des Innern hatte neben Vertretern der Glasindustriellen auch den Vorsitzenden des Glasarbeiterverbandes zu einer Konferenz geladen, um die Meinungen dieser Vertreter der Industrie über diese Bundesratsbestimmungen zu hören. Die Vertreter der Industriellen traten für eine Verlängerug der Bestimmungen auf 10—15 Jahre ein. Sie behaupteten, daß der Gesundheitszustand der Glasarbeiter ein normaler und befriedigender sei und daß bei einer Änderung zugunsten der Arbeiter die Glasindustrie schwer geschädigt würde; es liege somit keine Veranlassung vor, die Vorschriften zu ändern. Mit der Einführung der Flaschenmaschine, erklärten die Unternehmer weiter, sei in loyaler Weise vorgegangen worden, und wenn bis jetzt in Deutschland nur 21 Owens-Flaschenmaschinen mit einer Jahresproduktion von 110 Millionen Flaschen aufgestellt wären, so sei dies in erster Linie den Industriellen zu danken, die dafür sorgen, daß die Arbeiter in jeder Weise zufriedengestellt werden. Der Vertreter der Unternehmerorganisation ließ sich sogar zu der Erklärung herbei, daß der Glasarbeiter bei der Arbeit geschmeidige Knochen gebrauche, und wenn dann die jungen Leute unter 16 Jahren nicht mehr des Nachts arbeiten dürfen, dann würden sie nichts mehr lernen und auch die Geschicklichkeit nicht mehr erreichen, die ein Glasarbeiter besitzen muß. Ferner meinte der Herr, daß, wenn die Sterblichkeit in den Kreisen der Glasarbeiter eine große sei, dies auf den großen Alkoholgenuß der Arbeiter zurückzuführen sei. Durch einen Zwischenruf auf seine Ungeschicklichkeit aufmerksam gemacht, setzte er allerdings hinzu, daß die Organisation der Arbeiter das lobenswerte Ziel verfolge, den Alkoholgenuß einzuschränken. Die Herren beteuerten fortgesetzt, daß mit der Beseitigung der Nachtarbeit die Industrie schweren Erschütterungen zugeführt werde, daß wir uns heute schon im Zeitalter der Insubordination befinden und die Arbeiter sich gegen alles auflehnen. Auch werde die Industrie durch die Zollgesetzgebung sehr schwer belastet und könne eine stärkere Belastung nicht mehr ertragen. Die Herren gingen sogar so weit, daß sie noch eine weitere Ausdehnung der Ausnahmebestimmungen forderten, und zwar dergestalt, daß die Regierung zulassen möge, auch Knaben unter 14 Jahren, die aus der Schule entlassen sind, in Glashütten zu beschäftigen. Die Herren zogen diese Forderungen erst zurück, als sie von den Regierungsvertretern darauf aufmerksam gemacht wurden, daß, wenn sie ihre Wünsche und Forderungen zu weit ausdehnen, dann das für sie erreichbare noch in Frage gestellt würde. Die Arbeiter haben bereits in einer Petition an den Bundesrat verlangt, daß die Arbeit in den Glashütten mit kontinuierlichem Betrieb nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und nicht nach 10 Uhr abends enden darf. Der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes widerlegte die Ausführungen der Unternehmervertreter und wünschte, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiter nachkommen möge. Der Gesundheitszustand sei keineswegs normal, sondern nach einer von der Organisation aufgenommenen Statistik betrage das Durchschnittsalter der Glasarbeiter etwa 38 Jahre. Diese Zustände legen der Regierung die Pflicht auf, einzugreifen. Die Industrie würde auch keineswegs zugrunde gehen. Die großen Aktiengesellschaften zahlen bis zu 20 Proz. Dividende; gewiß ein Beweis dafür, daß es nicht so notwendig sei, die Arbeiter unter Ausnahmebestimmungen zu stellen. Wenn die Industriellen mit der Einführung der Flaschenmaschine nur langsam vorgehen, so geschehe dies keineswegs aus Liebe zu den Arbeitern, sondern es liege im Interesse der Industriellen selbst, die damit zugleich das Grab für ihre alten Betriebe graben würden. Wenn behauptet wird, die Arbeiter der Glasindustrie frönen dem Alkoholgenuß, so sei dies eine Beleidigung für die Arbeiter. In der Glasindustrie legen die Industriellen Gewicht darauf, daß eine ganze Reihe Nebenarbeiten nicht mit barem Geld, sondern mit Bier und Schnaps bezahlt werden. Die Industriellen fördern damit den Alkoholgenuß. Mit den hohen Löhnen, die von den Industriellen ausgespielt werden, sei es sehr schlecht bestellt. Für tüchtige Arbeiter seien Wochenlöhne von 30 Mk. schon selten und deshalb führe heut ein erheblicher Teil der Arbeiter seine Söhne nicht mehr dieser Industrie zu. Der Mangel an tüchtigen Arbeitern würde schwinden, wenn gute und lohnende Arbeitsbedingungen geschaffen würden. Die Glasarbeiter fordern mit allem Nachdruck, daß die Nachtarbeit an den Öfen mit kontinuierlichem Betrieb nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und nicht nach 10 Uhr abends enden darf. Geheimrat Lehmann schloß die Sitzung mit dem Bemerken, daß das heute gewonnene Material dem Bundesrat unterbreitet werde und dieser entscheiden könne. Einen trostlosen Eindruck machten die anwesenden unorganisierten Arbeiter. Nur drei von ihnen nahmen auf Drängen der Regierungsvertreter das Wort. Ihre Auswahl war so getroffen worden, daß sie sich in einem für die Industriellen günstigen Sinne äußerten. Gerechter und für die Information der Regierung besser wäre es schon gewesen, wenn statt dieser schweigsamen Arbeitervertreter dem Glasarbeiterverband eine größere Vertretung zugebilligt worden wäre. Das Ergebnis der Konferenz muß sich ja bald zeigen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „Geschäfts"reisender. Zur Warnung für die Hausfrauen und kleineren Gewerbetreibenden, die sich von redegewandten Reisenden zu Bestellungen verleiten lassen, kann ein Fall dienen, der in diesen Tagen vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung gelangte. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen Betruges beziehungsweise schwerer Urkundenfälschung waren der Reisende Richard Falk und der Kaufmann Richard Geyer. Der Angeklagte Falk, der bei seinem Schwager, dem Posamentenhändler Geyer, als Reisender tätig war, suchte hauptsächlich Schneiderinnen und kleine Gewerbetreibende auf, denen er unter Anwendung eines schier unerschöpflichen Redeflusses seine Artikel mit dem Bemerken anpries, daß man nirgends so billig kaufen könne wie bei seiner Firma. Um den gesprächigen Herrn endlich loszuwerden, ließen sich zahlreiche Frauen verleiten, eine kleine Bestellung nach den ihnen vorgelegten Mustern zu machen. Ihr Schrecken war jedoch nicht gering, als die Waren dann eintrafen. Wenn sie von irgend einem Artikel drei Stück bestellt hatten, so erhielten sie drei Dutzend. In andern Fällen erhielten sie auch eine viel schlechtere Qualität und sogar Waren, die sie überhaupt nicht bestellt hatten. Eine in Heiligensee wohnhafte Schneiderin hatte für etwa 10 Mk. Waren bestellt und erhielt für über 60 Mk. Waren. Als sie angsterfüllt sofort nach Berlin fuhr, um den nach ihrer Meinung bestehenden Irrtum aufzuklären, wurde ihr von dem Angeklagten Geyer das Auftragsformular vorgelegt, welches sie auch unterschrieben hatte. Sie entdeckte, daß im Gegensatz zu der Kopie, die sie in den Händen hatte, hinter jeder einfachen Zahl die Bezeichnung „Dutzend" oder „Groß" geschrieben war. Als sie nun Lärm schlug und etwas von Schwindel und Fälschung verlauten ließ, wurde sie kurzerhand hinausgeworfen. Das Paket mit den Waren wurde ihr schließlich ebenfalls auf der Treppe nachgeworfen. Viele Leute ließen sich, aus Angst vor allen möglichen Scherereien mit den Gerichten, einschüchtern und behielten und bezahlten auch die von ihnen nicht bestellten Waren. In sieben Fällen wurde jedoch gegen die beiden gewitzten Geschäftsleute Anklage erhoben. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens, durch welches die reelle Geschäftswelt empfindlich geschädigt werde, je neun Monate Gefängnis. Das Gericht kam bezüglich des Betruges aus rechtlichen Gründen zu einer Freisprechung und verurteilte nur den Angeklagten Falk wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis.

Arbeiter, bist Du dabei?

Im Kampfe zählen nur die Lebenden, nur die gelten etwas, die mitstreben, großen Zielen entgegen.

Die sozialdemokratische Partei hat jetzt

970 112 Mitglieder,

Bist Du dabei?

In Deutschland sind jetzt 107693 Proletarierinnen politisch organisiert. Arbeiter, ist Deine Frau, sind Deine Töchter dabei?

Die sozialdemokratische Tagespresse zählt jetzt

1 478 042 Abonnenten,

Gehörst Du zu dieser Million Leser, die sich täglich mit der Arbeiterbewegung durch ihre Zeitung von neuem eines fühlen?

Im deutschen Reichstag sitzen

110 Sozialdemokraten,

in den Landtagen sitzen

224 Sozialdemokraten,

in den Gemeindeparlamenten sitzen

10 432 Sozialdemokraten.

Hast Du immer mit zu Deinem Teile dafür gesorgt, daß diese Vertreter des arbeitenden Volkes in den Reichstag, in das Stadtparlament, in die bundesstaatlichen Landtage kamen? Bist Du lebendig? Weißt Du wo Du hingehörst?

Die freien Gewerkschaften zählten Ende 1911

2 400 018 Mitglieder,

Gehörst Du zu diesen gewerkschaftlich Organisierten, zu diesen Millionen, die wissen wo sie hingehören, die alle Tage kämpfen für Lohn und Licht, für Zeit und Kultur?

Die freien Gewerkschaften hatten 1911 zusammen

72 086 957 Mark Einnahme.

Gehörst Du zu denen, die die Arbeiterbewegung durch ihre Pfennige so widerstandsfähig, so sturmgewaltig und sicher machen?

Die freien Gewerkschaften gaben an reinen Unterstützungen, ohne die Kosten von Kämpfen mit Arbeitseinstellung in der Zeit von 1891 bis 1911

142 117 386 Mark für Unterstützungen aus!

Hast Du mit dafür gesorgt, daß die hundert Millionen das Rückgrat der Kranken, der Arbeitslosen, der Rechtsuchenden stärken konnten?

Im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften waren 1911 organisiert

1 324 722 Personen.

Hast Du so für Dich und Deine Familie gesorgt, gehörst Du zu denen, die als Konsument dem Unternehmer keine Profite mehr gewähren?

Der Umsatz der vorbenannten Genossenschaften betrug 1911 insgesamt

506 011 000 Mark,

die Eigenproduktion

80 691 000 Mark!

Bist Du bei jener Million Arbeiterfamilienväter, die so ihre Pfennige zu gigantischen Millionenbergen anwachsen zu lassen verstanden?

Gib Antwort!

Bist Du organisiert? Weißt Du wo Du hingehörst? Sorgst Du Dich um die Stärkung der Macht der Bewegung Deiner Klassengenossen? Wenn Du es noch nicht getan hast, so

organisiere Dich!

Lies die Zeitung, die für Dich geschrieben wird!

Kameruner Sittlichkeit vor dem Kriegsgericht. Vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Division in Berlin fand gestern eine Verhandlung gegen den Oberarzt Collin aus Kamerun statt. Der Oberarzt steht bei der Schutztruppe. Als Zeugen waren eine ganze Reihe von Offizieren und Ärzten von der afrikanischen Schutztruppe geladen. Noch bevor die Anklage zur Verlesung kam, stellte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Berthold den Antrag, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der militärdienstlichen Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Des Kriegsgericht gab diesem Antrage auch statt. Es müssen also recht böse Dinge sein, die da aus der Kameruner Welt zur Sprache kamen! Die Verhandlung wurde nach kurzer Zeit vertagt, um weitere Beweiserhebungen vorzunehmen.

Es lebe die Disziplin. Das Hallesche Kriegsgericht beschäftigte sich am Donnerstag, wie man von dort berichtet, wieder einmal mit einem Fall von „Insubordination". Als man am Morgen des 27. April d. Js. auf dem Exerzierplatz des Festungsgefängnisses in Torgau den Parademarsch einübte, soll der Festungssoldat Imke vom Infanterie-Regiment Nr. 164 die Beine nicht genügend in die Höhe gehoben haben. Der Sergeant Venske sagte deshalb zu ihm: „Imke, Sie müssen die Beine höher heben, strengen Sie sich mehr an." Imke entgegnete darauf: „Herr Sergeant, ich strenge mich an." Darauf der Sergeant: „Halten Sie den Mund, Sie sind nicht gefragt." Darauf erwiderte Imke: „Herr Sergeant, ich bitte darum, den Oberleutnant sprechen zu dürfen." Musketier Imke wollte, wie er vor Gericht erklärte, den Oberleutnant bitten, ihn in eine andere Abteilung zu bringen. In den Worten: „Ich strenge mich an", erblickte man eine Rektifikation des Vorgesetzten und in der sofort beabsichtigten Meldung eine weitere Insubordination, da Imke eine Beschwerde über den Sergeanten erst am folgenden Tage anbringen durfte. Das Kriegsgericht, das sich zuerst mit dem Fall beschäftigte, verurteilte Imke wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft zu 21 Tagen strengen Arrest. Imke legte gegen das Urteil Berufung ein, um seine Freisprechung zu erzielen. Das Kriegsgericht verwarf aber die Berufung mit der Begründung, es sei bedauerlich, daß gegen das Urteil nicht auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt habe. Wäre das geschehen, dann würde vom Kriegsgericht auf Gefängnis erkannt worden sein.

Aus Nah und Fern.

Über einen Raubanfall in einem Berliner Vorortzug wird amtlich gemeldet: Am Sonntag gegen 2 Uhr nachmittags versuchte der Fahrstuhlführer Siegmund, Lichtenberg, auf der Fahrt von Lichtenrade nach Marienfelde im Vorortzug 927 in einem Abteil 2. Klasse den Gärtnereibesitzer Hugo Keyßner aus Zossen und dessen Schwester Else Keyßner aus Berlin, die eingeschlafen waren, zu berauben. Als er hierbei durch die Geschwister überrascht wurde, sprang er bei Bude 10 in Km. 10,9 aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug und verletzte sich am Kopf und an den Händen ganz erheblich. Der Zug wurde von Fräulein Keyßner durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht und der verletzte Räuber vom Zugführer des Zuges nach Marienfelde befördert. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er der Ortspolizei übergeben.

Des deutschen Studenten Heiligtum. Ein Gleiwitzer Studiosus, dem auf der Heimreise von Hannover nach Gleiwitz eine Pappschachtel, enthaltend die farbige Mütze, Fuchsen- und Burschenbänder usw., abhanden gekommen war, setzt zur Wiedererlangung dieser Sachen die oberschlesische Presse in Bewegung. In dem im „Oberschlesischen Anzeiger" erlassenen Ausschreiben führt er aus: „Es ist mir namentlich um Wiedererlangung der Fuchsenbänder und Burschenbänder zu tun; ich habe selbige auf einer Anzahl Mensuren getragen und waren (!) diese (!!) vollständig mit meinem Blute durchtränkt. Der Verlust dieser wertvollen Andenken würde für mich ein unersetzlicher sein." — Dem Finder der „blutdurchtränkten" Andenken wäre zu empfehlen, dem Herrn Studiosus außer seinen unersetzlichen Reliquien auch eine deutsche Grammatik zu schenken, meint die „Freisinnige Zeitung". Wir können ihr nicht beipflichten, denn was soll ein solcher Schwärmer mit Lehrbüchern, die er dank dem Geist, wie er die Jugend unserer Bougeoisie beseelt, doch nicht benutzt.

Giftige Pilze. In dem Weißenfels benachbarten Dobergast erkrankte die Familie des Molkereiverwalters Drewes infolge des Genusses von Giftpilzen. Drewes und drei seiner Kinder sind bereits gestorben. Die Ehefrau und das vierte Kind liegen hoffnungslos darnieder.

Der Überfall im Vorortszug. Die Person des Geisteskranken, der mit Messerstichen im Nauener Vorortszug drei Frauen überfallen und tödlich verletzt hat, ist nunmehr festgestellt worden. Es handelte sich um den 1887 in Swinemünde geborenen Gustav Harnau, der früher Bauarbeiter gewesen ist.

Eine folgenschwere Explosion benzinhaltiger Dämpfe hat sich in den Siemens-Schuckert-Werken beim Ausprobieren eines Vacuumapparates, der mehrere Jahre außer Betrieb gewesen war, ereignet. Vier Schlosser haben schwere Brandwunden erlitten.

Der Submissionsochse. Wohin die ungeheure Fleischteuerung führen kann, zeigt folgende hübsche, aus Wiesbaden übermittelte Geschichte. Ein dortiger Schlachtermeister erhielt dieser Tage von einem Landwirt in Wallau eine Postkarte folgenden Inhalts:

„Teile Ihnen mit, daß ich einen fetten Simmenthaler Bullen zu verkaufen beabsichtige, und da viele Liebhaber darauf reflektieren, so bin ich gezwungen, um keinen Mann zurückzusetzen, den Bullen auf dem Submissionswege zu verkaufen. Bedingungen können hier eingesehen werden. Schlußtermin zum Submissionsgebot: 17. August 1912. Nach dem genannten Termin finden Gebote keine Berücksichtigung. Erwarte von Ihnen Antwort. Mit Gruß F. H."

Die Teuerung in Wiesbaden ist übrigens bereits so bedrohlich geworden — das Pfund Schweinefleisch kostet zurzeit 1,50 Mk. — daß eine Kommission aus vier Magistratsmitgliedern, vier Schlachtern und einem Unparteiischen gebildet wurde mit der Bestimmung, die Verkaufspreise von Monat zu Monat unter Berücksichtigung der Art der einzelnen Betriebe, der Stadtviertel und der Fleischqualität festzusetzen.

Die sächsischen Saalinhaber in Königs Ungnade. Dem Landesvorstand sächsischer Saalinhaber ist schweres Unheil widerfahren: Sie sind bei dem sächsischen König in Ungnade gefallen! Die Ursache geht aus einer drolligen Berichtigung hervor, die das Amtsblatt der sächsischen Regierung, das „Dresdner Journal" in folgender Form mitteilt: „In dem Bericht über die neunte Verbandstagung des Landesverbandes der Saalinhaber im Königreich Sachsen, der auch in der gestrigen Nummer des „Dresdner Journals" Aufnahme gefunden hat, ist mitgeteilt worden, daß an den König ein Ergebenheitstelegramm gesandt worden sei. Diese Mitteilung ist insofern nicht richtig, als der König unter dem Eindruck eines Artikels, der kürzlich im Organ des Landesverbandes der Saalinhaber unter der Überschrift Beamtenterrorismus erschienen ist, die Depesche absichtlich unbeantwortet gelassen hat". — Die schwer getroffenen Saalinhaber werden wohl nun ihren Redakteur davonjagen müssen, ehe sie wieder in Gnaden bei ihrem König angenommen werden.

Das dankbare Vaterland. Pfälzische Blätter veröffentlichen folgende Notiz aus Geinsheim bei Neustadt a. H.: „Mit zerrissenen Schuhen, schlecht in der Kleidung, trat heute ein alter Mann zu mir herein und bat um eine Gabe, indem er hinzufügte, daß er Feldzugssoldat sei. Ich bat um seine Militärpapiere und wirklich, hier stand schwarz auf weiß: Wißmeyer, Heidelberg, gedient im Bad. Grenadier-Regiment Nr. 110, 2. Bataillon, 6. Komp. „Schlacht

bei Wörth. Gefecht bei Ruppertsau. Schlacht bei Nuits, Montbeliard, Belfort" usw. usw. — Das typische Veteranenschicksal im reich gewordenen Deutschland!

Polizeikampf gegen die Arbeiterturnvereine. Dem Arbeiterturnverein „Freiheit" in Rathenow ist von der Polizeibehörde aufgegeben worden, bei Vermeidung von 30 Mark Strafe innerhalb 8 Tagen Statut und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Die Polizei begründet ihr Vorgehen mit der Zugehörigkeit des Vereins zum Arbeiterturnerbund.

Durchgegangener Bankdirektor. Der Großindustrielle und Bankdirektor Spindel aus Kalusz ist unter Hinterlassung von Passiven in Höhe von 1200000 Kronen flüchtig geworden. Ueber das Vermögen Spindels ist der Konkurs verhängt worden. Spindel hat sich Spareinlagen im Betrage von 400 000 Kronen angeeignet. Sowohl der Vater wie der Schwiegervater des Flüchtigen, die gleichfalls in Kalusz ansässig sind, gehören zu den reichsten Leuten der Stadt.

Das 113. Opfer der „Lothringen"-Katastrophe. Im Krankenhause Bergmannsheil ist am Freitag vormittag wieder einer der bei der Grubenkatastrophe auf Zeche „Lothringen" verunglückten Bergleute seinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der bei dem Unglück ums Leben Gekommenen auf 113 erhöht. — Für die übrigen im Krankenhause liegenden Verletzten soll angeblich keine Lebensgefahr bestehen.

Mehrfacher Mord und Selbstmord. Gestern früh hat im Seebade Eastbourne der Hauptmann a. D. Hicks Murray seine beiden kleinen Kinder, eine fremde erwachsene Person und ein fremdes Kind erschossen, darauf seine Gattin schwer verwundet und sodann das eben erst zum Sommeraufenthalt bezogene Haus in Brand gesteckt. Unter den Trümmern wurden die Leichen vorgefunden. Der Hauptmann hat Selbstmord verübt.

Seemannslos. Die norwegische Bark „Inga" ist mit ihrer gesamten Besatzung von 19 Personen untergegangen; darunter befindet sich der Kapitän mit seinen beiden erwachsenen Söhnen. Das Schiff war von dem norwegischen Hafen Mandal nach Südamerika unterwegs und mit Stückwaren beladen.

Knabenmord. Ein 13jähriger Knabe wurde in Beckham, im Süden von London, mit durchschnittenem Halse aufgefunden.

Auch eine Entrevue. Man erinnert sich der Enthüllungen des russischen Schriftstellers Burzew über die während der russischen Revolution begangenen Attentate. In ihnen wurde namentlich die Doppelrolle aufgedeckt, die Asew als Mitglied der revolutionären Partei und Polizeispitzel gespielt hat. Asew war seitdem verschollen; er hatte die Rache seiner revolutionären Genossen zu fürchten und man nahm schon an, daß er sich selbst das Leben genommen habe, um ihrer Verfolgung zu entgehen. Im „Matin" erzählt nun aber Burzew jetzt, daß Asew noch lebe und daß er, Burzew, am vergangenen Donnerstag in einem Cafe am Schillerplatz zu Frankfurt a. M. mehrere Unterredungen mit ihm gehabt habe. Auf welche Weise er Asew entdeckte, verschweigt Burzew. Als er Asews angenommenen Namen und Aufenthaltsort in Erfahrung gebracht hatte, schrieb er ihm einen Brief, in dem er um eine Unterredung nachsuchte. Asew antwortete sofort und verabredete mit ihm unter der postlagernden Adresse „N. W. 29, Hauptpost Frankfurt a. M." eine Zusammenkunft in dem Cafe; Burzew hatte brieflich versprochen, allein zu kommen und Asew keinerlei Falle zu legen, da er nur Auskünfte von ihm haben wolle. Asew versicherte, daß er seit seiner vor nunmehr drei Jahren erfolgten Flucht aus Paris weder jemanden von der russischen Polizei noch ein Mitglied der revolutionären Partei gesehen habe. Er sei auch kein einziges Mal nach Rußland zurückgekehrt. Sein einziger Wunsch sei noch, sich in den Augen seiner Kinder zu rechtfertigen, da er die ihm angedichtete schmähliche Rolle nicht gespielt habe. Er habe niemals im Dienst der Polizei gestanden; er habe lediglich im Jahre 1908 die Unvorsichtigkeit begangen, dem General Gerssinow den Namen der Revolutionärin Raspuitina zu nennen, die daraufhin zum Tode verurteilt und gehängt worden sei. Die andern ihm vorgeworfenen Verrätereien entschuldigt er mit der Absicht, seine eigenen, nach seiner Ansicht aussichtsreichen Anschläge gegen Plehwe, den Großfürsten Sergius und andere Persönlichkeiten um so sicherer ausführen zu können. Im Verlaufe der Unterhaltung gestand Asew allerdings, daß er von der Polizei zuerst 50, später 500 und 1000 Rubel monatlich bezogen habe. Im Ganzen gab sich Asew im Gespräch als reumütiger Sünder, doch scheint Burzew nicht unbedingt an seine Aufrichtigkeit zu glauben. — Uns erscheint weniger das Verhalten Asews, als das seines Anklägers Burzew merkwürdig! Jedenfalls gibt es da noch ein Geheimnis, das vielleicht mit der Zeit entschleiert wird.

Der Kinematograph im Gerichtssaale. Zum ersten Male in Amerika wird der Kinematograph bei einer Gerichtsverhandlung eine Rolle spielen. Ein in Los Angeles gelegentlich eines Streikes zwischen Ausständigen und Polizei vor einiger Zeit stattgefundener blutiger Kampf war zufällig von einem Kinematographenorerateur mit seinem Apparat aufgenommen worden. Das Gericht hat jetzt die Vorführung der Films im Gerichtssaale angeordnet, um von den Vorgängen ein genaues Bild zu gewinnen. — Nur schade, daß bei den Moabiter Polizeiattacken kein Kinematograph in Tätigkeit war, vielleicht hätte man dann den Mörder des Arbeiters Herrmann.

Keine Lehren aus der „Titanic"-Katastrophe. Die nach dem furchtbaren Massenunglück eingesetzte englische Kommission zur Beratung der Frage der Sicherheit zur See veröffentlicht über ihre Untersuchungen soeben einen längeren Bericht. Sie empfiehlt darin eine größere Anzahl von Rettungsbooten und Rettungsflößen, die für alle an Bord befindlichen Personen aufnahmefähig sein müssen, betont aber nachdrücklich, daß die Stabilität und die Seetüchtigkeit der Dampfer selbst von vorwiegender Wichtigkeit seien und daß alle Vorsorge gegen einen möglichen Unglücksfall dieser ersten Notwendigkeit untergeordnet werden müsse. Die Kommission ist weiter der Ansicht, daß die Einführung von Scheinwerfern für die Handelsmarine nicht ratsam sei, da die Nachteile die Vorteile überwiegen würden. Im übrigen ist die Kommission der Meinung, daß die Routen über den Atlantischen Ozean als vorsichtig gewählt und musterhaft zu betrachten seien. — Das Ergebnis der mit großem Tamtam angekündigten Erhebungen ist sehr minimal und dürfte den großen Dampfergesellschaften wenig Kopfschmerzen machen. Nur allzu deutlich spricht aus dem Bericht das Bestreben, die Reingewinne der Gesellschaften nicht zu schmälern.

Standesamtliche Nachrichten

vom 11. bis 17. August 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

2. August. Güterbodenarbeiter H. A. F. Ahrens. 4. Kutscher H. J. R. Arndt. 6. Kaufmann J. H. Cl. Möller. Tischlergeselle J. A. H. Eckholt. 7. Handlungsgehilfe S. Schröder. Maschinist O. H. F. E. Schultz (Wilhelmsburg). 8. Prokurist J. H. D. Froh. Bureaugehilfe E. F. W. Schaper. Böttcher F. H. J. F. Roß. Prokurist J. H. C. Krebs. 10. Kunstgärtner H. H. J. Möller. Maurergeselle A. H. F. C. Kolz. Arbeiter A. W. H. E. P. Haertel. 11. Arbeiter A. H. H. Frymark. Privatmann P. H. Witt (Reinfeld i. H.) Bäcker E. J. Warnck. Arbeiter H. H. W. Höppner. 12. Arbeiter P. K. E. Buchholz. 13. Zimmermeister W. C. H. Marks. Zimmermann A. W. Andersen (Nusse i. Lüb.) 14. Werkführer H. H. Th. Mett. 15. Gärtner H. J. F. Hellmann. Nieter G. H. F. Dechow. 16. Bahnarbeiter R. E. A. C. Bartel. Leutnant W. A. E. Heerlein. 17. Schriftsetzer F. H. A. Wollin.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

6. August. Vorarbeiter F. J. H. Düser. 7. Kaufmann E. E. A. M. Voß. Werkmeister E. H. W. Hartleb. 8. Arbeiter O. L. W. Knieß. 9. Arbeiter K. J. F. Glaser. Hufner W. J. H. Schnauer (Klempau i. Lbg.) 10. Schutzmann E. A. F. H. Arppel. Bankjustitiar Dr. jur. H. S. B. Hofmann. 11. Arbeiter J. H. Chr. Lübcke. Obergärtner A. H. F. Ahlisch. Sekundärarzt am Allgemeinen Krankenhaus Dr. med. K. O. F. Vorpahl. Kaufmann F. W. A. Neumann. 12. Arbeiter Chr. F. W. Möller. 14. Maler F. Hinrichsen. Arbeiter H. H. F. Kelling. 15. Kaufmann E. F. H. Fick. Rechtsanwalt und Notar K. F. A. Weyrowitz. 16. Maurer F. A. A. Glau. Oberschweizer A. Reber.

Angeordnete Aufgebote.

12. August. Impresario A. H. Ehmke und H. A. E. Heinrich. 13. Schneider R. J. H. Lange in Pansdorf und E. K. M. Ollmann in Wahrsow. Seemaschinist W. P. E. Förster und K. M. E. Brinckmann. Maschinenmeister F. W. H. Karg in Siems und J. M. Menzel in Berlin. Kaufmann K. O. Grunow in Güsten und E. M. C. Barthe in Guben. 14. Schlachter F. J. K. H. Bagt und F. S. A. Haack. Holländer C. H. Boock in Dummersdorf und M. D. M. Hellmann. Handlungsgehilfe F. W. E. Trosiener und K. G. G. Wolff. Kaufmann D. W. Bussenius in Kalkutta und A. M. Friederichs in Timmendorfer Strand. 15. Geschäftsreisender C. P. F. H. Schütt und E. J. D. F. Carstensen in Flensburg. Monteur F. J. K. P. Rothländer und E. H. G. Stoll. Kaufmann W. F. Stolt in Neuhof bei Reinfeld und E. J. K. W. Haack. Maurer F. L. H. W. Lagemann und H. M. Fischer. Kontorist A. P. G. Kirmes und E. J. Juhrisch. 16. Werkmeister A. L. F. Michael und G. E. S. Teichmann. Kanzlist A. J. H. Bestmann und J. F. L. Eder in Neufahrwasser. 17. Kraftwagenvermieter E. F. W. Kupffer und F. L. Fick. Kontrollbeamter A. H. J. G. Meyer und K. W. F. Bracker. Gefängnis-Aufseher K. H. K. Klaenhammer in Fuhlsbüttel und L. A. S. W. Schult. Maschinist F. H. G. Bührsch in Kiel und W. A. T. Oldenburg. Zivil-Steuermann H. Hillesheim und H. E. O. Tiedemann in Kiel. Oberkellner F. A. W. Meiling und S. B. Bietke, beide in Saßnitz.

Eheschließungen.

12. August. Lithographgehilfe H. R. K. Giese und E. A. L. Klauck. 14. Geschäftsreisender O. H. B. Strunck in Hamburg und M. M. P. Jürß. Auktionator und Taxator A. D. A. Mohrmann und M. K. D. Gülsdorf. 15. Arbeiter J. K. H. P. Zarnow und Witwe M. C. J. Mundt geb. Franck. 16. Gärtner F. G. C. Junge und J. S. Schwartz. Möbellackierer K. J. C. Schröder und Witwe M. M. D. Süfke geb. Schnoor. Steuermann J. A. A. Möller und M. L. O. Haedeke. 17. Straßenbahnschaffner W. F. A. Burmeister und Witwe K. J. M. O. E. Meins geb. Dencker. Schmied K. H. L. Niemann in Wilhelmsburg und M. S. M. Bockhagen. Postbote W. A. H. Reiter und L. Philipp. Arbeiter P. H. Hansen und K. E. A. Schäfer. Maurergeselle O. A. K. Jäger und M. D. C. Dunckelmann. Schmelzer K. J. H. Braemer und A. M. K. E. Klempau.

Sterbefälle.

9. August. Witwe J. M. L. Stellfeldt geb. Lehrmann, 62 J. (Hamburg). 10. G. H. M. Mundt, 2 M. J. K. Sommerfeld, 9 J. H. A. G. Minn, 21 J. Zollaufseher J. T. Hoffmann, 44 J. 11. M. E. W. geb. Schuldt, Ehefrau des Malers F. J. A. Potenberg, 60 J. A. M. C. S. C. geb. Memmert, Ehefrau des Steindruckers J. H. F. Wegner, 33 J. M. D. E. Behrendt, 3 M. A. C. geb. Schmidt, Witwe des Krämers H. C. T. Hamann, 73 J. Arbeiter N. Hansson, 66 J. H. Friede, 9 M. F. K. J. Schuldt, 2 M. (Vorwerk). G. K. W. Grube, 1 J. E. S. E. Bentien, 24 J. C. M. E. geb. Busch. Witwe des Gastwirts R. C. H. Siehl, 46 J. 12. Privatmann H. L. J. Kühn, 60 J. P. C. W. geb. Wohlers, Ehefrau des Maschinenschlossers J. W. H. Waack, 33 J. Schlosser H. C. Weidemeier, 56 J. B. L. Berszinski, 1 J. E. H. H. Werner, 9 M. M. M. S. geb. Speck, Ehefrau des Kanzleisekretärs a. D. A. H. Lührs, 63 J. (Gr. Parin). 13. C. D. M. geb. Helm, Witwe des Bahnarbeiters J. C. F. Burmann, 70 J. Porzellanmieter J. H. F. Speckhahn, 70 J. Eisenbahnbeamter a. D. J. H. H. N. Gertz, 72 J. A. Fölsch, 1 J. H. J. H. Hochschild, 5 M. Hufner C. H. Kröger, 78 J. (Brodten). K. M. Semrau, 1 M. 14. H. G. J. Wegner, 2 M. J. L. geb. Haske, Witwe des Schneidemüllers F. Gillmeister, 67 J. Schneidermeister G. Danielsson, 68 J. Erbpächter J. H. F. Lau, 65 J. (Cordshagen). 15. Ein totgeb. Mädchen, V.: Expedient E. W. A. Grantz. F. C. A. J. geb. Buck, Ehefrau des Prokuristen E. C. H. Bahrs, 42 J. M. D. E. geb. Rüter, Ehefrau des Arbeiters J. J. H. Mirow, 64 J. 16. M. H. D. Eickmann, 1 J. Ein totgeb. Mädchen, V.: Tischler J. H. C. Klüver. Arbeiter K. F. J. Michael, 62 J. 17. O. Wollin, 1 St.

Literarisches.

Die Nacht des Dr. Herzfeld betitelt sich der neue Roman des auch unseren Lesern bekannten Berliner Dichters Georg Hermann, dessen „Kubinke" wir vor 2 Jahren an dieser Stelle besprochen haben. Auch der neue Roman spielt — wie alle Werke des Dichters — auf Berliner Boden. Und zwar wickelt sich die ganze Handlung des 300 Seiten starken Buches in einer einzigen Nacht und einigen Vormittagsstunden ab. Der Dichter führt uns an die Peripherie der Weltstadt, in das Viertel am Kurfürstendamm, — also Berlin WW. — in Literaten-Cafés und in solche mit „Proleten-Verkehr", in die nächtlichen Straßen des Tiergartenviertels und in die Friedrichstraße am Vormittag. In den beiden Hauptpersonen des Romans, dem Dr. Herzfeld und dem Literaten Hermann Gutzeit hat Hermann ein psychologisches Meisterstück geschaffen. Es ist unmöglich, all die Fülle feinster Beobachtungen und Naturschilderungen hier wiederzugeben. Georg Hermann zeichnet Menschen, die lebendig und greifbar vor dem Leser auftauchen, wie er das auch schon in seinen Jettchen-Gebert-Romanen und dem Kubinke vollbracht hat. Sein neues Buch ist den genannten völlig gleichwertig, überragt sie zu einem Teil noch. Und dann haben wir über das heikle Thema der am meisten gehaßten Krankheit, der Syphilis — die sozusagen in einen künstlerischen Rahmen gespannt wird — noch nie so Eigenartiges gelesen, wie in diesem Buche, das innerhalb weniger Wochen bereits fünf Auflagen erlebt hat. Jeder Leser wird das Buch mit dem Gefühl aus der Hand legen, daß er etwas miterlebte, wodurch er innerlich reicher geworden ist, und über das er noch lange nachdenken muß. W. Br.

Die „Neue Musik-Zeitung" bringt in ihrem 20. Hefte einen ausführlichen Aufsatz über die Denkmäler der Tonkunst in Bayern von Dr. Hugo Daffner. Des die moderne Kunst in weitgehendem Maße fördernden Bertrand Roth und seines Dresdner Musiksalons wird in einem Artikel von Professor Otto Urbach gebührend gedacht. — Sehr interessant ist in Heft 21 ein unbekannter Aufsatz von Hector Berlioz über „Gluck-Beethoven-Weber", den Dr. Kapp veröffentlicht. Dasselbe Heft bringt den Schluß der fesselnden Briefe Konradin Kreutzers von Ernst Pasqué. In aktuellem Stoffe bieten die beiden Hefte außerdem wieder sehr viel, so daß die „Neue Musik-Zeitung" jedem Musikfreunde aufs beste empfohlen werden kann. Probehefte kostenlos durch den Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Heiteres.

Der „Blinde" und der Kientopp. Ein bekannter amerikanischer Schauspieler, Mr. Howard Russel, warf eines Abends, als er das Theater verließ, einem anscheinend blinden Bettler an der Straßenecke eine kleine Münze zu. Das Geldstück wäre jedoch beinahe aufs Pflaster gerollt, wenn es der „Blinde" nicht im letzten Augenblick geschickt mit der Mütze aufgefangen hätte. „Ach . . . ich glaubte, Sie wären blind . . .," meinte der Schauspieler entrüstet. — „No, Sir," gestand der Bettler; „ich vertrete nur meinen Freund, der sich ein bißchen ausruht. Aber der ist wirklich blind, Sir, wahrhaftig — von Geburt an!" — „Na, und wo ruht sich denn der aus?" fragte der menschenfreundliche Schauspieler. „Ja, sehen Sie, Sir," erwiderte etwas stockend der Bettler, „die Sache ist nämlich die, er hat so viel über den Kientopp erzählen hören und da hat er denn heute nacht Urlaub genommen, um sich das Ding auch einmal anzusehen."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Zu sofort oder 1. Oktober eine freundliche **Parterre-Wohnung** an einzelne Leute, Mt. 140.—
2670 Hundestraße 37, I.

Ein guter Ziehhund
billig zu verkaufen. (2673
F. Schuldt, Alt-Reusefeld 4.

Hobelbank, Werkzeug, Bufett
billig zu verkaufen.
2680) Untertrave 66, II.

Eine guterhaltene **Muschel-Bettstelle** mit Sprungfeder-Matratze zu verkaufen. Preis 15 Mk.
2668) Schwönekenquerstr. 2, II.

Gefunden eine **Damenuhr.** Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten Fünfhausen 16, III.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten".

Unseren Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen" herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:

Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen" von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen" eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,

und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsreisen nach dem Nord- und Südpol.
Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellschein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten".

Herren
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen".
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____